

kompetent. fair. innovativ.

Programm der CDU Bremen



beschlossen auf dem Landesparteitag am 16. Mai 2009
im Bürger und Sozialzentrum Huchting

Inhalt

	Seite
Präambel.....	4
I. Unser Anliegen.....	5
1. Ausgangspunkt: Warum ein Grundsatzprogramm?.....	5
2. Identität, Leitbild und Tradition: Die CDU als Bremenpartei.....	7
3. Gestaltungsanspruch: Volkspartei.....	8
II. Unsere Werte.....	11
1. Menschenbild: Christliche Demokraten.....	11
2. Grundsätze: Freiheit, Gerechtigkeit und Subsidiarität.....	13
3. Grundhaltung: Verantwortung und Solidarität des einzelnen für sich und andere.....	16
III. Bremer Herausforderungen.....	20
1. Zukunft für Bremen und Bremerhaven: Identität und Wandel.....	20
2. Globalisierte Welt: Entwicklungen, Bremer Interessen, Aufgaben und Chancen.....	21
3. Knappe Ressourcen: Umwelt, Energie und Finanzen.....	22
IV. Chancengerechtigkeit in Bremen.....	28
1. Aufstiegsgesellschaft: Bildung, Ausbildung, Wissenschaft.....	28
2. Generationengerechtigkeit: Familie, Frauen, Kinder, Jugend, Senioren.....	35
3. Soziale Gerechtigkeit: Sozialer Staat zwischen Eigenverantwortung und Fürsorge.....	38
V. Zukunft in Wohlstand und Sicherheit.....	43
1. Wachsendes Bremen: Wirtschaft, Häfen, Arbeit.....	43
2. Sicheres Bremen: Inneres, Integration, Justiz, Daten- und Verbraucherschutz.....	49
3. Kreatives Bremen: Forschung, Kultur, Medien, Sport.....	57
VI. Lebensqualität und Stadtgesellschaft.....	63
1. Bremens Bürger stärken: politische Teilhabe und ehrenamtliches Engagement.....	63
2. Städte am Fluss: Stadtentwicklung für alle.....	64
3. Buten un binnen — wagen un winnen: Typisch Bremen—typisch CDU.....	68

Präambel

Wir Christliche Demokraten in Bremen,
als Teil der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

bekennen uns hiermit im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott
und den Menschen zu unseren Werten,

nehmen in einer sich ändernden Welt die Herausforderungen unserer
Zeit als Auftrag zur aktiven Gestaltung an,

orientieren uns dabei am christlichen Menschenbild, der unantastba-
ren Würde des Menschen und unserer hanseatischen Tradition,

sind bestrebt, die Grundwerte von Freiheit, Solidarität und Gerechtig-
keit in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander zum Tragen kom-
men zu lassen,

bekennen uns zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den unveräußer-
lichen Menschenrechten,

wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und seines Handelns, die uns
die Grenzen von Politik aufzeigt,

und wollen mit den in diesem Grundsatzprogramm niedergelegten
Zielsetzungen in Politik und Gesellschaft an der Gestaltung der Zu-
kunft für die Menschen unseres selbständigen Landes mitwirken.

I. Unser Anliegen

1. Ausgangspunkt: Warum ein Grundsatzprogramm?

[1] Die CDU Bremen legt den Bürgerinnen und Bürgern unseres Bundeslandes erstmals ein eigenes Grundsatzprogramm vor. Es ist unser politisches **Angebot** an die Menschen in Bremen und Bremerhaven **zum Dialog** über unsere Politik. Es gibt unsere Absichten für die Zukunft unserer beiden Heimatstädte wieder. Dabei beziehen wir die grundsätzlichen Positionen der CDU Deutschlands ein mit dem Willen, sie in bremische Politik umzusetzen und vor dem Hintergrund unserer Interessen, Probleme, Ziele und Auffassungen weiter zu entwickeln.

[2] Dieses Grundsatzprogramm beschreibt unser Selbstbild, unsere politische Herkunft, unsere Traditionen und insbesondere unsere Ziele. Selbstbewusst und kritisch zugleich wollen wir **Identität und Orientierung** unserer Partei nach innen und nach außen transparent machen und vertreten. Wir wollen Profil gewinnen nicht durch pauschale Abgrenzung von anderen, sondern durch überzeugende und eigenständige Positionen. Dieses Grundsatzprogramm ist eine Einladung zur politischen Diskussion und zum Mitgestalten, aber auch eine Aufforderung zum politisch-programmatischen Wettbewerb. Es ist gleichzeitig Idee und Maßstab unserer Politik.

[3] Die CDU Bremen dokumentiert mit diesem Grundsatzprogramm ihren politischen Anspruch auf **zukunftsbezogene Gestaltung unseres Bundeslandes**. Wir werben mit dieser Politik um Mehrheiten, weil wir überzeugt davon sind, die richtigen Konzepte für eine humane, stabile und gerechte Gesellschaft in Bremen zu haben. Dieses erfordert gleichzeitig Mut zur Entwicklung und Veränderung in Gesellschaft, Wirtschaft und sozialen und staatlichen Systemen, aber auch die Bereitschaft, Bewährtes zu erhalten. Insofern bekennen wir uns zu einer modernen und offenen konservativen Grundhaltung, die kritisch hinterfragt, Erfolgreiches zukünftigen Generationen weitergibt, Veränderungsbedürftiges offen benennt und mit Mut und zupackendem Optimismus verändert.

[4] Dazu bietet dieses Grundsatzprogramm Orientierung, aber keine Antwort auf jede Sachfrage der Politik im Alltag. Es bildet vielmehr den **Kompass für unsere Entscheidungen** und weist damit Richtung und Weg für eine lebenswerte Zukunft nach unseren Vorstellungen in der urban geprägten Umwelt unseres Bundeslandes. Es verleiht unserer Politik Kontinuität, Berechenbarkeit und Nachprüfbarkeit und ist unsere Antwort auf Tendenzen zu Beliebigkeit und Populismus, oder auch bloßer Ausrichtung am schnelllebigen Zeitgeist. Damit bringen wir gleichzeitig unsere Bereitschaft zum Ausdruck, von uns für richtig erachtete Standpunkte gegen vordergründige Moden und Trends zu verteidigen und zur (Selbst-) Kritik, unsere eigenen Positionen zu hinterfragen und hinterfragen zu lassen. Unsere Politik ist auf langfristige Glaubwürdigkeit angelegt, weil wir davon überzeugt sind, dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven Perspektiven erwarten, die auch morgen noch Gültigkeit haben.

[5] Wir wenden uns deshalb gegen eine Politik, die sich ausschließlich am Hier und Jetzt orientiert. Nur der Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ergibt schlüssige und verantwortbare politische Ziele, die den Interessen der Menschen aller Generationen unabhängig von ihrer Herkunft gerecht werden. Nur mit einem realistischen und unverklärten Bild von Vergangenheit und Gegenwart lassen sich klare Leitlinien für die Zukunft gewinnen und beschreiben. Nur mit **Optimismus, Mut und Engagement** lassen sich Ziele in die Tat umsetzen. Die CDU Bremen bietet all denjenigen, die bei der Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele mitgestalten wollen, eine politische Heimat und die Möglichkeit, in diesem Sinne positiven Einfluss im Rahmen unseres demokratischen Gemeinwesens zu nehmen. Diejenigen, die bisher politisch abseits standen, abseits gelassen wurden oder sich von der Politik abgewandt haben, wollen wir stärker als bisher in die Politik unserer Partei und in demokratisch-gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbinden.

2. Identität, Leitbild und Tradition: Die CDU als Bremenpartei

[6] Unsere Politik hat christliche, soziale, liberale, konservative und darüber hinaus hanseatische Wurzeln. Diese Traditionen prägen die Ausrichtung unserer Politik. Wir bekennen uns zu einem spezifisch bremischen Lebensgefühl, das das Streben nach Freiheit und Selbständigkeit mit Verantwortung für die Gemeinschaft durch bürgerschaftliches und gemeinwohlorientiertes Engagement verbindet. Wir wollen in unseren Städten ein Klima von Offenheit, Toleranz, Respekt, Optimismus und Zukunftsorientierung. Urbanes Leben in unseren zwei Städten bedeutet für uns **Vielfalt und Weltoffenheit**. Unser Bekenntnis zur Selbständigkeit des Bundeslandes Bremen bedeutet eben nicht Abschottung, sondern ein Angebot zur gleichberechtigten Partnerschaft, gerade auch zu unserem Umland. Es bedeutet auch, dass uns jeder willkommen ist, der auf der Grundlage unserer Werte und Normen hier leben und arbeiten möchte, denn Bremen ist für Einwanderung offen.

[7] Wir blicken mit Stolz auf unser Land, seine Menschen und unsere regionale Kultur und Tradition. Unsere Verwurzelung mit unserer Heimat war nie provinziell und einengend, sondern immer weltoffen und tolerant. Unser Augenmerk liegt auf Bremen, unser Anspruch auf Einfluss bezieht sich aber auch auf unser Vaterland Deutschland und die Europäische Union. Hier sehen wir unsere **kulturellen und geschichtlichen Wurzeln**. In diesem Sinne bilden wir gleichzeitig eine Verantwortungsgemeinschaft für die Zukunft und eine Erinnerungsgemeinschaft mit Blick auf die Vergangenheit, deren Lehren zu ziehen auch aus bremischer Sicht eine besondere deutsche Aufgabe bleibt. Dieses schließt aus unserer Sicht den Respekt insbesondere vor den Generationen ein, die unser demokratisches, wirtschaftliches und soziales System in der Nachkriegszeit aufgebaut haben und auf deren Leistungen wir aufbauen können und wollen.

[8] Die Leistungen der Vergangenheit sind Teil unserer Verantwortung für die Zukunft. Freiheit und Gerechtigkeit sind für uns gleichermaßen herausragende politische Ziele als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens und nur gemein-

sam erreichbar. Sie wiederum brauchen den Rahmen von Verantwortung, Sicherheit und Recht, sowie gesellschaftlichem Engagement. Dabei wollen wir zusammenhalten und **versöhnen, nicht spalten**. Uns ist bewusst, dass Politik nicht nur die Gestaltung in Sachfragen ist, sondern auch stilbildend für den Umgang miteinander in der Gesellschaft wirkt. Hier wollen wir in der Gemeinschaft mit unseren politischen Wettbewerbern im Klima von Fairness für Verbesserungen sorgen.

[9] Unser Anspruch an uns selbst ist **Wahrhaftigkeit**. Wir wollen **Glaubwürdigkeit** erhalten und wo notwendig zurückgewinnen, indem wir ehrlich und offen sagen, wofür wir stehen und was wir wollen. Was vor der Wahl gilt, muss auch danach gelten, wenn sich die Voraussetzungen nicht unvorhersehbar ändern.

[10] Unsere Politik werden wir sachlich zugespitzt und mit Nachdruck vertreten, auch wenn dieses unbequem sein sollte, dabei aber persönliche Herabsetzungen vermeiden. Wir wollen nach innen und außen **Diskussionsfreudigkeit** und mehr **Offenheit** auch für Nichtmitglieder unserer Partei. Öffentlichkeit und Medien bieten wir einen fairen Austausch an, den wir aber auch im Umgang mit unserer Politik erwarten.

3. Gestaltungsanspruch: Volkspartei

[11] Als Volkspartei werben wir um Zustimmung und Mehrheiten in allen Bevölkerungsgruppen. Mit diesem Ziel verbinden wir den Anspruch, die Interessen aller zu vertreten und in einen möglichst gerechten Ausgleich zu bringen. Nur wenn grundsätzlich alle mitgenommen werden und sich jeder einzelne im Rahmen seiner Möglichkeiten beteiligt, werden wir die Zukunft Bremens gestalten können. Wir wenden uns gegen Tendenzen einer Zuschauerdemokratie. Demokratie in unserem Verständnis beinhaltet gleichzeitig Recht und moralische Pflicht zur **Beteiligung**. Beides wurde in der Vergangenheit zu wenig ermöglicht und auch zu wenig eingefordert. Wir wollen die Bürger mehr als bisher in die Politik einbinden, ihre Mitentscheidungsrechte stärken und ihnen aktive Gestal-

tungsmöglichkeiten in Politik, Staat und Gesellschaft eröffnen. Dieses schafft gleichzeitig Transparenz für politische Entscheidungen, Gemeinsinn und demokratisches Selbstbewusstsein und beugt Gefühlen politischer Ohnmacht und Politikverdrossenheit vor. Wir wollen Bürger mit Migrationshintergrund stärker ansprechen und in unsere politische Arbeit einbinden.

[12] Gesellschaftliche und soziale Realität entsteht nicht nur durch politisches und staatliches Handeln. Wir sind eine Volkspartei mit Verwurzelung in allen Teilen unserer zwei Städte und streben eine noch tiefere **Verankerung** z.B. in Vereinen, Stiftungen, Kirchen, und Religionsgemeinschaften, Verbänden und Gewerkschaften, Interessengemeinschaften und Initiativen an. Wir suchen den **Kontakt zu den Menschen**, denn lebensnahe Politik muss lebensnah entstehen. Wir wollen unsere politischen Ziele erklären, denn nur Verständnis weckt Interesse und Akzeptanz. Dieses fördert einerseits die Einsicht dafür, dass die politischen Ziele auch dieses Programms nur schrittweise, zum Teil nur mittel- bis langfristig, erreichbar sein werden. Andererseits kann nur so um Verständnis für unbequeme, aber notwendige politische Entscheidungen geworben werden.

[13] Unser Gestaltungsanspruch für und mit allen Teilen der Bevölkerung heißt für uns: Wir sind die **Bürger- und Zukunftspartei der Mitte**. Hieraus ergibt sich in erster Linie Verantwortung. Verantwortbare Politik setzt nicht auf kurzfristige Effekte, sondern bezieht maßgeblich die Interessen der zukünftigen Generationen mit ein. Wir setzen deshalb vorwiegend auf qualitatives Wachstum. Nachhaltigkeit muss für die CDU Bremen das bestimmende Merkmal in allen Bereichen der Politik werden.

[14] Als Bürger- und Zukunftspartei der Mitte bieten wir allen demokratischen Kräften Zusammenarbeit, Dialog und Gemeinsamkeit an. Gerade unter unseren besonderen Herausforderungen für die Zukunft Bremens und Bremerhavens übernehmen wir Verantwortung für das Gemeinwohl. **Fairen Wettbewerb** um den besten Weg und um Mehrheiten sehen wir als Teil unserer Gesamtverantwortung für die Entwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens an. Nur durch kontroverse Diskussionen über unterschiedliche Ideen und Positionen und darauf aufbauende demokratische Entscheidung entsteht politisch kreativer Fortschritt.

[15] Dieses setzt einen politischen **Grundkonsens** voraus. Deshalb schließen wir ebenso konsequent jegliche politische Zusammenarbeit mit Radikalen und Extremisten von Links und Rechts aus. Sie mit allen demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln aus der politischen Wirklichkeit zu verdrängen, ist ein wichtiges Ziel der CDU Bremen. Diese Haltung erwarten wir auch von anderen Parteien des demokratischen Spektrums.

II. Unsere Werte

1. Menschenbild: Christliche Demokraten

[16] Christlich demokratische Politik vereint Wurzeln aus verschiedenen Traditionen abendländischer Kultur: Strömungen griechischer Philosophie, römischer Rechtssetzung, christlich-jüdischen Glaubens und europäischer Aufklärung verbinden sich mit Wertevorstellungen einer vielfältigen Stadtgesellschaft der Gegenwart. Manche Werte können und sollen sich wandeln, denn **Werte prägen Leben und werden vom Leben geprägt**. Uns ist wichtig, individuelle und partnerschaftliche Lebensentscheidungen zu akzeptieren und ihnen nicht Besserwisseri und Bevormundung gegenüber zu stellen. Für die CDU Bremen gilt aber auch: Lebenswirklichkeit anzunehmen heißt nicht notwendig und durchgängig, alle Entwicklungen ohne kritische Eigenständigkeit zu bejahen. Unser politischer Gestaltungswille bezieht sich nicht nur auf politische und staatliche Strukturen, Budgets und Verfahren. Er umfasst auch prägenden Einfluss auf gesellschaftliche Werte, Normen, kulturelle Überzeugungen und soziale Verhaltensweisen, die unsere Wirklichkeit und Lebensqualität ganz maßgeblich mitbestimmen.

[17] Wir bleiben uns unserer christlich-abendländischen Wurzeln bewusst und überwinden in diesem Bewusstsein gleichzeitig religiös-konfessionelle und landsmannschaftliche Grenzen. Die CDU Bremen ist offen für Menschen aller religiösen Bekenntnisse und jeder Herkunft und betrachtet eingedenk ihrer Grundsätze **Vielfalt als Stärke**.

[18] Das christliche Menschenbild prägt unsere grundsätzlichen Annahmen vom einzelnen Menschen, seiner unveräußerlichen **Würde** und seiner Bestimmung nicht nur im Hier und Jetzt. Es ist gleichzeitig für uns der Ausgangspunkt unserer Vorstellungen über einen bewährten und zukunftsfähigen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungsrahmen, der auf Familie, Ehe und Partnerschaft aufbaut. Deshalb erwarten wir **Respekt** vor der Persönlichkeit des Nächsten, seiner Meinung, seiner Herkunft, seinem Bekenntnis, seinen Zielen in Partnerschaft

und Leben und vor seinem Eigentum. Für uns gilt: Wo Respekt zwischen Menschen besteht, haben Gewalt und Diskriminierung keine Chance.

[19] Die CDU Bremen unterstützt den offenen **Dialog zwischen den Religionen**. Wir bekennen uns zur Religionsfreiheit und der durch unsere freiheitliche Rechtsordnung garantierten freien Religionsausübung. Die christlichen Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften genießen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Wir brauchen ihr Wirken in der Mitte unserer Gesellschaft und anerkennen die Übernahme dieser Mitverantwortung ausdrücklich. Für die CDU Bremen ist die wieder wachsende jüdische Gemeinde ein Zeichen der Hoffnung. Eine große Zahl von Muslimen hat im Lande Bremen eine Heimat gefunden. Allen Religionen begegnen wir mit Freundschaft, Toleranz und Offenheit auf der Basis von Gegenseitigkeit.

[20] Elementarer Ausdruck der Menschenwürde ist das Recht auf Leben. Der **Schutz des Lebens** ist uns ein fundamentales Anliegen. Entstandenes Leben steht für uns grundsätzlich nicht zur Disposition, denn die Würde des Menschen konkretisiert sich gerade in seiner Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit. Seine Individualität verleiht ihm unveräußerliche Rechte und Ansprüche, aber auch Pflichten und Verantwortung. Gleichzeitig ist der Mensch als soziales Wesen immer bezogen auf die Gemeinschaft. Aus dieser Zweigestaltigkeit menschlichen Daseins ergeben sich unsere grundlegenden Vorstellungen von Freiheit, Solidarität, Subsidiarität und Verantwortung. Diese sind für uns die tragenden Säulen für ein selbstbestimmtes Leben im sozialen Umfeld unserer beiden Großstädte mit den Chancen und Herausforderungen urbaner Lebenswirklichkeit.

[21] **Sterben ist Teil des menschlichen Lebens**. Am Ende des Lebens sind wir mit einem Grenzbereich moralischer, rechtlicher und politischer Bewertung konfrontiert, der einfache Antworten nicht zulässt. Ziel muss es sein, die Menschenwürde des Einzelnen im Sterben zu wahren. Aktive und jegliche Formen gewerblicher Sterbehilfe lehnen wir nachdrücklich ab.

2. Grundsätze: Freiheit, Gerechtigkeit und Subsidiarität

Freiheit

[22] Der Mensch wird frei geboren. Menschliche Freiheit konkretisiert sich insbesondere in der Freiheit zu entscheiden und sich dementsprechend zu verhalten. Weil Freiheit dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt, sind Toleranz und Respekt Gebote der Freiheit. Freiheit besteht insofern nicht schrankenlos. **Freiheit und Verantwortung** sind für uns zwei Seiten einer Medaille. Handeln in Freiheit beinhaltet Verantwortung für sich und den Nächsten, für die Gemeinschaft, für die Umwelt und für die Zukunft.

[23] Unsere Freiheit darf nicht länger auf Kosten anderer, schon gar nicht auf die zukünftiger Generationen gehen. Insofern braucht Freiheit einen Rahmen von Verantwortung, Ordnung und Sicherheit. Freiheit durch **Sicherheit und Schutz** zu gewährleisten ist und bleibt für uns eine Kernaufgabe des Staates, insbesondere gegenüber den Schwächeren, die dieses nicht selbst können. Gleichzeitig ist es unsere politische Aufgabe, die Freiheit des Bürgers vor dem Staat zu gewährleisten.

Gerechtigkeit, Leistung, Solidarität

[24] Gerechtigkeit ist für uns ein Grundwert und ein Gebot der Gleichheit aller Menschen in ihren Rechten und Pflichten, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrem materiellen Vermögen oder ihren persönlichen Anlagen. Gerechtigkeit bedeutet für uns **Teilhabe- und Chancengerechtigkeit**, aber nicht pauschale Gleichmacherei. Sie zielt für uns auf die Möglichkeit, Individualität im persönlichen Lebensentwurf verwirklichen zu können. Vorrangiges Ziel politischen und staatlichen Handelns muss es für uns sein, Rahmenbedingungen und „Spielregeln“ dafür zu schaffen und im Sinne des Einzelnen durchzusetzen. Denn für uns gilt: Wer Chancen eröffnet und Teilhabe ermöglicht, bahnt Leistungsbereitschaft und Leistung den Weg. Deshalb sind gesellschaftliche und soziale Durchlässigkeit sowie individuelle Forderung und Förderung für uns Kernbestandteile einer humanen Leistungs- und Aufstiegsgesellschaft, so wie wir sie verstehen und als Chancengesellschaft für Bremen verwirklichen wollen. Unser

politisches Handeln muss darauf ausgerichtet sein, Talente, Interessen und Motivationen zu ermöglichen. In ihrer Vielfalt sehen wir unsere schöpferische Stärke. Wenn alle ihre Möglichkeiten nutzen können und auch nutzen, sind Wohlstand und soziale Sicherheit keine Widersprüche, sondern eine sich in unserem Sinne ergänzende Einheit.

[25] Gerechtigkeit gibt es nicht ohne Anstrengung. Anstrengung ist nur attraktiv, wenn sich Leistung lohnt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Teilhabe bedeutet für uns Anerkennung und Beteiligung zu erfahren, Wohlstand zu gewinnen und sich persönlich weiter zu entwickeln. Dieses muss von einem Rahmen sozialer Absicherung umgeben sein, der Sicherheit verleiht und der auf Verlässlichkeit aufgebaut ist. Dem Anspruch auf solidarischen Schutz vor elementaren Lebensrisiken steht gleichberechtigt gegenüber, dass sich eigenverantwortliches und selbst bestimmtes Leben immer in erster Linie durch **Eigenleistung** auszeichnet. Wo Gerechtigkeit nur durch Umverteilung zu erreichen ist, müssen wir darauf achten, dass dieses nicht zu unbilligen Lasten für die Leistungsträger in unserer Gesellschaft geschieht, denn alles was umverteilt wird, muss zuerst erwirtschaftet werden. Wir treten andererseits entschieden dafür ein, dass in Wirtschaft und Gesellschaft Leistung und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis gehalten werden. Gier und Maßlosigkeit dürfen nicht das gesellschaftliche Handeln bestimmen. Dazu gehört auch, dass mangelnder Leistungswille entsprechende Konsequenzen hat. Nur so erreichen wir in Bremen und Bremerhaven eine allgemein akzeptierte Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt, zwischen Familien und Kinderlosen und zwischen Kranken und Gesunden.

[26] Solidarität bedeutet für uns den Anspruch des einzelnen Bedürftigen auf Unterstützung durch die Gemeinschaft und ist für die CDU Bremen auch Ausdruck christlicher Nächstenliebe. Leistung zu erwarten bedarf auch der Gewissheit, dass im Falle der Bedürftigkeit wirksame und schnelle **solidarische Hilfe** erfolgt. Diese besteht nach unserer Überzeugung nicht nur aus materieller Unterstützung, sondern kann auch Schutz, Zuwendung, Qualifizierung und die Gewährung einer zweiten Chance bedeuten. Wer Solidarität beansprucht, nimmt ein Recht wahr und muss dieses ohne Diskriminierung und Schuldgefühle tun kön-

nen. Solidarität heißt für uns weder notwendigerweise dauerhafte finanzielle Unterstützung noch in jedem Falle staatliche Hilfe. Wirksame Hilfe ist aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe. Dabei greifen Eigenverantwortung, die Verantwortung der Familien und nichtstaatlichen Einrichtungen sowie die staatliche Letztverantwortung ineinander. Für uns ist eine annähernde Balance dieser Elemente Ausdruck eines gelungenen Ausgleichs zwischen Einzel- und Gemeinwohlinteressen.

[27] Freiheit, Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit sind im wirtschaftlichen Handeln von besonderer Bedeutung. **Unternehmerische Initiative und Unabhängigkeit**, die in vielfältigen Ausprägungen gerade in Bremen und Bremerhaven eine lange hanseatische Tradition haben, bilden das Rückgrat wirtschaftlichen Erfolgs, von dem letztlich auch öffentliche Gestaltungsmöglichkeiten abhängen. Hierfür günstige und förderliche Bedingungen und Anreize an den Standorten Bremerhaven und Bremen zu schaffen, ist eine Kern- und Querschnittsaufgabe der Politik.

[28] Wir sind nach wie vor nachdrücklich der Auffassung, dass die **soziale Marktwirtschaft** die einzige wirtschaftliche Struktur ist, die gleichzeitig wirtschaftlichen Erfolg, Gerechtigkeit in Teilhabe und Chancen und soziale Sicherheit ermöglicht und zu einem gemeinsamen Prinzip vereint. Wirtschaftliches Handeln ist keine primäre Aufgabe des Staates. Attraktive und förderliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen, ist eine öffentliche Aufgabe. Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik verschließt aber auch vor Risiken und Fehlentwicklungen nicht die Augen. Wirtschaftliches Handeln muss sich auch am Gemeinwohl orientieren und ist in vielen Bereichen Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Mit einer Ausgewogenheit von qualitativem und quantitativem Wachstum wollen wir eine verantwortbare und nachhaltige Politik für gegenwärtige, insbesondere aber auch für zukünftige Generationen erreichen.

[29] Wirtschaft, Dienstleistung und Produktion unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen nicht nur wirtschaftlichen Mehrwert, Ertrag und Steuerkraft, sondern insbesondere auch Arbeitsplätze und Beschäftigung für die Menschen. Arbeit zum Erwerb von Einkommen ist nicht nur ein wirtschaftlich existentielles Grundbedürfnis, sondern bedeutet auch Gestaltung und Teilhabe,

die Wahrnehmung und Entwicklung von Chancen und die Möglichkeit, durch Leistung Anerkennung und Aufstieg zu realisieren. Auf diese Weise werden im **Wirtschafts- und Arbeitsprozess** die Leistungen und Interessen der unternehmerischen Seite und der Arbeitnehmer zusammengeführt.

Subsidiarität

[30] **Subsidiarität** verbindet Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität zu einem für die CDU Bremen bestimmenden Struktur- und Organisationsprinzip. Subsidiarität bedeutet für uns, dass die jeweils unterste Ebene handelt, ihre Verantwortung wahrnimmt und ihre Fähigkeiten gestaltend einsetzt. Die Verantwortung der nächsten Ebenen beginnt erst dort, wo die Möglichkeiten der unteren Ebenen enden oder nicht ausreichen um die Ziele zu erreichen. Wir wollen so die Initiative und die Kräfte des Einzelnen, der Familien, der Vereine und Organisationen und schließlich des Staates mit seinen verschiedenen Ebenen entfalten, in eine Reihenfolge bringen und Handlungsspielräume eröffnen. Was auf unterer Ebene geleistet werden kann, soll nicht von der übergeordneten Ebene beansprucht, bestimmt oder unnötig reglementiert werden.

[31] Subsidiarität ist geradezu Kern **bremischen Lebensgefühls** wie wir es verstehen. Gelebte Subsidiarität wirkt sich für die CDU Bremen in unserem Zweistädtestaat vielfältig aus und muss deshalb gegen Fremdbestimmung, überbordende Bürokratie, und ungerechtfertigte Ansprüche des Staates verteidigt oder zurückgewonnen werden. Der Leitgedanke der Subsidiarität bestimmt unser Bild vom Miteinander von Individuum, Familien, gesellschaftlichen Institutionen umgeben von staatlichen Strukturen.

3. Grundhaltung: Verantwortung und Solidarität des einzelnen für sich und andere

[32] Im Zentrum steht für uns der eigenverantwortliche Bürger, der für sich und seine Angehörigen sorgt. Die **Leistungsträger** zu stärken und zu schützen ist uns besonders wichtig. Zusammenhalt und Gemeinwohl haben hier ihren Ausgangspunkt. Starke zu stärken heißt für uns nicht, Schwache zu schwächen. Nur starke

Schultern können auch mehr tragen. Vielmehr sind Wohlstand und solidarische Unterstützung für uns keine Widersprüche, sondern bedingen sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Deshalb bekennen wir uns gleichermaßen zur Förderung von Eliten und zur solidarischen Hilfe. Auf diese Weise Individualität und Eigenverantwortung zu fördern und zu fordern ist für uns Ausgangspunkt einer nach Maßstäben der Subsidiarität aufgebauten Gesellschaft auch in Bremen.

[33] Individualität ergänzt, erweitert und bereichert sich in Partnerschaften und Familien. Familien sind und bleiben für uns Fundament und wichtigster Baustein der Gesellschaft. Soziale Gemeinschaften existieren in vielfältiger Form und erfahren unsere Unterstützung, sofern sie auf Dauer angelegt sind, auf partnerschaftlichem Miteinander beruhen und vertrauensvolle Gegenseitigkeit auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Respekt geübt wird. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Wir halten an unserer **Priorität von Ehe und Familie** fest, akzeptieren aber auch die Entscheidung, in anderen Formen der Partnerschaftlichkeit und Gemeinschaft zusammenzuleben. Familie ist für uns überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern sorgen und Generationen auf diese Weise in einer Verantwortungsgemeinschaft leben. Das Wohl von Familien und Kindern ist für uns ein zentrales politisches Anliegen. Kinder sind nicht nur die Zukunft der Familien, sondern auch der Gesellschaft insgesamt. Unser Ziel ist eine familien- und kinderfreundliche Stadtgesellschaft. Zukunftspolitik in Bremen ist deshalb in einem Schwerpunkt Politik für Kinder und ihre Eltern. Gesellschaftliche Stabilität, wie wir sie wollen, erreichen und fördern wir durch starke Familien.

[34] Für die CDU Bremen konkretisiert sich Subsidiarität auch in **bürgerschaftlichem Engagement**, wie es in Bremen und Bremerhaven besonders vielfältig und lebendig ist. Arbeit in Vereinen, Gemeinden, Initiativen, Gruppen, Stiftungen und anderen dem Gemeinwohl und der Solidarität verpflichteten Organisationen ist nicht nur unersetzliches Wirken für die Menschen in unserem Bundesland, sondern geradezu Markenzeichen gesellschaftlichen und sozialen Lebens in Bremen. Es stärkt den Zusammenhalt und die Identität, integriert vielfach Menschen und Gruppen, die sonst abseits stünden, fördert Talente, Bildung und Kultur und ist als politische Arbeit vor Ort Grundlage von Demokratie und politischer Bür-

gerbeteiligung. Dem Staat allein kann nie gelingen, was auf dieser Ebene für uns alle geleistet wird.

[35] Die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements prägt ganz entscheidend die urbane Attraktivität und Lebensqualität unseres Gemeinwesens, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und Aktivität. Dieses wollen wir zur Grundlage einer modernen Stadt- und Bürgergesellschaft weiterentwickeln, in dem wir auf allen Ebenen die Bedingungen für Ehrenamt und freiwillige Arbeit verbessern. Es gilt seine gesellschaftliche Anerkennung zu erhöhen und den nachwachsenden Generationen schon in den Schulen den Weg zum ehrenamtlichen Engagement aufzuzeigen. Dazu gehört nach unserer Auffassung aber auch, die politischen **Beteiligungsrechte und Mitentscheidungsmöglichkeiten der Bürger** zu stärken.

[36] Seinen unverwechselbaren Charakter und kulturellen Reichtum gewinnt Bremen durch seine zwei Städte mit einer gemeinsamen Geschichte und deren unterschiedlichen Stadt- und Ortsteilen. Bürgerliche Viertel, industriell geprägte Reviere, Hafengebiete, Neubaubereiche und dann Ortsteile mit einem ländlich-dörflichen Erscheinungsbild ergeben eine Vielfalt ganz unterschiedlicher städtebaulicher Kompositionen und Traditionen, die das Lebensgefühl der hier lebenden Menschen prägt. Dieses gilt es bewusst zu pflegen, zu erhalten und als Teil generationenübergreifender Politik stets zu berücksichtigen. Politik in modernen Großstädten bedeutet für uns, den **Heimatgedanken** mit zukunftsorientierter **Modernität** zu verbinden. Ganz bewusst wollen wir an Unterschiede anknüpfen, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Weiterentwicklung zu ermöglichen, aber mit Blick auf das Ganze auch Rahmen und Richtung aufzuzeigen, ist Kern unseres Politikverständnisses für die Entwicklung unserer zwei Kommunen mit ihren vielfältigen Verhältnissen und Bedingungen vor Ort. Wir wollen deshalb die politischen Möglichkeiten der Stadtteile zur Mitgestaltung stärken. Die Identität Bremens aber ist mehr als die Summe seiner (Stadt-) Teile. Wir sehen Bremen als Zweistädtestaat an Fluss und Meer mit zwei Metropolen, die mit überregionaler Ausstrahlung und Bedeutung den Anspruch haben, die Struktur, Wirtschaftskraft, Kultur und Identität einer Region mitzubestimmen.

[37] Subsidiarität äußert sich schließlich in besonderem Maße im föderalen Aufbau unseres Staates. Die CDU Bremen bekennt sich ausdrücklich zu einem auf Solidarität und Wettbewerb gleichermaßen angelegten **Föderalismus in Deutschland** und lehnt jede Form des europäischen Zentralismus ab. Zentralismus verstärkt Fehlentwicklungen, hemmt Initiative, Kreativität, Dynamik und Vielfalt und deshalb wollen wir die Selbständigkeit und Verantwortung kleiner Einheiten stärken. Deutschlands Attraktivität, Stabilität und Prosperität in der Zeit seit Ende des zweiten Weltkriegs haben auch ihre Ursache in landsmannschaftlicher Vielfalt und darauf aufbauender föderaler Vielgestaltigkeit. Die CDU Bremen sieht unser aus zwei Kommunen bestehendes Bundesland jetzt und in Zukunft als gleichberechtigtes Mitglied dieser Länderfamilie, die unser Vaterland Deutschland bildet. Unsere Herkunft, unsere Traditionen und unsere Kultur verweisen aber auf eine Zukunft in einem einigen Europa, das seine Stärke durch die Eigenständigkeit und Vielfalt seiner Teile gewinnt. Unser hanseatisch-unabhängiges Lebensgefühl gilt Bremen. Unsere patriotische Überzeugung gilt Deutschland. Und unsere bremische Weltoffenheit und Toleranz verbindet uns mit Europa und der Welt.

III. Bremer Herausforderungen

1. Zukunft für Bremen und Bremerhaven: Identität und Wandel

[38] Die CDU Bremen bekennt sich zur **Selbständigkeit** Bremens als Bundesland in einer föderal geprägten Bundesrepublik Deutschland. Bremens Selbständigkeit hat eine jahrhundertlange Tradition und ist Teil des bremisch-hanseatischen Lebensgefühls. Als Zwei-Städte-Staat ist Bremen eine gewachsene Besonderheit, in der sich Subsidiarität und Bürgernähe als entscheidende Vorteile leben lassen.

[39] Für Bremen ist Größe kein Wert an sich. Bremen ist im Konzert der Bundesländer zwar das kleinste Land, hat aber für die Bundesrepublik Deutschland als Hafenstandort eine große Aufgabe und nimmt damit eine herausragende Rolle wahr. Der **Vorteil der Kleinheit** in kurzen Wegen, Schnelligkeit und Unmittelbarkeit kommt insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. Diesen Wettbewerbsvorteil müssen wir konsequent für Bürgergesellschaft und Wirtschaft nutzen. Nur mit einer Kultur der selbstbewussten Selbständigkeit werden wir die Eigenständigkeit Bremens sichern können. Wir haben ein elementares Interesse daran, die Kommunikation und Vernetzung zu verbessern, um gemeinsam den Standort zu stärken.

[40] Das Land Bremen muss **Motor im Nordwesten** sein: Bremen und Bremerhaven strahlen als Oberzentren über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus und sind Bestandteil der Region Nordwest. Mit Gründung der Metropolregion hat Bremen einen neuen Rahmen für Kooperation und Zusammenarbeit gewonnen. Wir bieten allen im Umland ein beständiges und partnerschaftliches Miteinander an.

2. Globalisierte Welt: Entwicklungen, Bremer Interessen, Aufgaben und Chancen

[41] Das Land Bremen und seine beiden Städte Bremen und Bremerhaven müssen sich im **Wettbewerb der Standorte** unter völlig neuen Rahmenbedingungen behaupten. Dabei spielt die unterschiedlich schnelle Entwicklung der Anforderungen, die an uns gestellt werden, des wirtschaftlichen Strukturwandels vor Ort und insbesondere ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle. Die Vermeidung und Zurückführung von Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit hoher Priorität.

[42] Wir sehen die **Globalisierung als Tatsache** und müssen deshalb diese gestalten, die Chancen nutzen und ihre Risiken minimieren. Das Land Bremen hat eine lange Tradition in Internationalität und weltweitem Handel. Dieser weltweite Handel ist eine tragende ökonomische Säule unseres Bundeslandes und sichert die Existenz zahlreicher Unternehmen und der dort vorhandenen Arbeitsplätze. Dennoch erzeugt Globalisierung auch bei vielen Menschen Ängste und Sorgen. Wir nehmen diese Zukunftsängste der Menschen sehr ernst und meinen deshalb, dass Verwurzelung in der Heimat, Identität stiftende Tradition und ein verlässlicher Wertekompass noch wichtiger geworden sind. Daher bedarf es eines Ordnungsrahmens in ethischer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht. Dieses bedeutet die Einhaltung von Menschenrechte ebenso wie ein freier und fairer Welthandel, der sich gegen Abschottung und Protektionismus richtet.

[43] In diesem Kontext muss Politik in Bremen und Bremerhaven nicht nur durch richtige Entscheidungen die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung des Landes und seiner Städte treffen, sondern auch die Entscheidungsprozesse **transparent und verständlich** machen und die Ergebnisse erklären. Deshalb müssen sich die politischen Akteure und die Verwaltung als Repräsentanten unseres Staatswesens dieser neuen Herausforderung stellen und global denken und lokal handeln.

[44] Der **demographische Wandel** wird uns auch in Bremen vor große Herausforderungen stellen, weil veränderte Altersstrukturen veränderte Bedürfnisstruk-

turen nach sich ziehen und Auswirkungen auf alle Bereiche privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens haben werden. Die Arbeitswelt und unsere sozialen Sicherungssysteme werden dabei die größten Herausforderungen meistern müssen. Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu wahren, oder wo sie verloren gegangen ist, wiederherzustellen, ist unser Ziel.

[45] Wandel und Modernisierung bedeuten in erster Linie für uns Chancen. Es ist dabei unsere Aufgabe darauf hinzuwirken, dass Wandel und Modernisierung möglichst **keine Verlierer** hat. Verlierer kann dabei jeder Einzelne sein, der durch materielle Armut, Beziehungsarmut, Bildungsarmut oder eine schlechte Gesundheitsversorgung keine Perspektive mehr sieht. Verlierer ist dann aber auch unser Gemeinwesen als Ganzes, das diese Spannungen aushalten muss und mit hohen Sozialkosten belastet wird. Verlierer kann aber auch die Natur sein, die durch erhöhten Ressourcenverbrauch, Klimawandel und Umweltverschmutzung zerstört wird. Bremen als Zwei-Städte-Staat am Fluss und am Meer wird die Auswirkungen unmittelbar und früh zu spüren bekommen. Umwelt- und Naturschutz ist deshalb für Bremen Selbstschutz und Bewahrung seiner Attraktivität und Lebensqualität.

[46] Für die CDU Bremen ist der gesellschaftliche Zusammenhalt ein zentrales Bremer Interesse, weil Beeinträchtigungen der Lebensqualität zum Beispiel durch Kriminalität, Desintegration oder Anonymität unser Gemeinwesen schwächen. Desinteresse und Politikverdrossenheit sind Gift für die Legitimation unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir fordern deshalb alle Bremerinnen und Bremer zu aktiver Teilnahme am öffentlichen Leben auf. Die CDU Bremen wird sich als Partei nachdrücklich für eine **Kultur der Beteiligung** einsetzen.

3. Knappe Ressourcen: Umwelt, Energie und Finanzen

[47] Wir stehen für eine ressourcenschonende Umwelt-, Energie und Finanzpolitik. Dies ergibt sich schon aus unserem Anspruch, eine **nachhaltige Politik** zu gestalten. Gerade in diesen Bereichen ist es unabdingbar die Interessen zukünft-

tiger Generationen stärker als bisher in die Lösung der heutigen Probleme einzu-
beziehen. Nur wenn wir heute unseren Bedürfnissen nachkommen ohne die Fä-
higkeit der zukünftigen Generationen zu gefährden, ihre eigenen Lebensverhält-
nisse gestalten zu können, kann ein gerechter Ausgleich zwischen dem Generati-
onen erreicht werden.

Umwelt

[48] Die **Bewahrung der Schöpfung** für zukünftige Generationen ist ein Grund-
anliegen der Christlich Demokratischen Union und gibt uns einen umfassenden
Auftrag zum Schutz von Umwelt und Klima. Umweltschutz ist zugleich auch
Schutz von Heimat, Kulturlandschaft und Lebensqualität. Zu einem am Prinzip
der Nachhaltigkeit orientierten Umwelt- und Klimaschutz gehören unbelastetes
Wasser und Böden, eine saubere Luft, aktiver Küsten- und Meeresschutz, Ver-
meidung von nicht zwingend notwendiger Versiegelung von Grünflächen und der
Erhalt der biologischen Artenvielfalt. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass in
der hiesigen Landwirtschaft auf den Anbau von gentechnisch veränderten Orga-
nismen verzichtet wird. Die Ursachen von Umweltverschmutzung und Klima-
wandel werden nicht allein in Bremerhaven und Bremen gesetzt, dies entbindet
Staat, Unternehmer und Bürger aber nicht von der Verpflichtung auch hier einen
aktiven Beitrag zu leisten.

[49] Umweltpolitik gewinnt für die Standortpolitik unseres Landes zunehmend
an Bedeutung. Wir stehen für eine nachhaltige Umweltpolitik, die Arbeitsplätze
sichert und neue schafft. Denn **Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung**
schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Bremerhaven und Bremen
haben auf Grund ihrer geographischen Lage und der vorhandenen wissenschaft-
lichen, wirtschaftlichen und technologischen Infrastruktur gute Voraussetzungen,
um zukunftsfähige Produkte und Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz zu
entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, umweltverträgliches Handeln durch Anrei-
ze und Kosten von umweltschädlichem Handeln mit den Mechanismen des Mark-
tes zu steuern. Dringend notwendig ist auch die Einbeziehung des Flugverkehrs
in die Klimaschutzpolitik.

[50] Als Kommunen eines „Bundeslandes am Meer“ müssen sich Bremen und Bremerhaven dem **Deich- und Küstenschutz** zur Abwehr von Gefahren durch Gewässer besonders verpflichtet fühlen. Präventiv wollen wir den Deichschutz in seiner gegenwärtigen Qualität erhalten und den zukünftigen Entwicklungen anpassen.

[51] **Umweltbewusstsein** beginnt im Kopf und setzt entsprechende Erziehung und Bildung, auch in Kindergärten und Schulen, voraus. Wichtiger Bestandteil von Umweltschutz ist eine moderne Entsorgung und Aufarbeitung von Müll und Abwasser. Gerade in unserem räumlich begrenzten Stadtstaat muss die Aufarbeitung von brach liegenden Flächen und die Verdichtung bestehender Flächen Vorrang vor der Neuausweisung von Flächen haben. Hierzu kann auch eine staatliche Förderung beitragen. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf den Klimaschutz. Dabei wollen wir Unternehmer, Dienstleister und die Bürgerinnen und Bürger des Landes ermutigen, freiwillig zukünftige Klimaschutzziele für Bremen festzusetzen und einzuhalten.

Energie

[52] Eine **sichere Energieversorgung** und der Zugang zu bezahlbarer Energie ist ein Grundbedürfnis für Privathaushalte wie für Unternehmen. Es gehört zur Daseinsvorsorge des Staates, die Rahmenbedingungen der Energieversorgung festzulegen und ihre Einhaltung zu kontrollieren. Das Steuerungselement hierfür ist der Markt. Die Energieerzeugungsstandorte Bremen und Bremerhaven verfügen im Vergleich zu den meisten anderen Großstädten in Deutschland über eine beachtliche Unabhängigkeit von den wenigen großen Energieerzeugern. Die CDU Bremen möchte diesen Standortvorteil sichern. Da fossile Energieträger nur begrenzt zur Verfügung stehen und die Kernenergie bisher nur unzureichend gelöste Probleme mit sich führt, ist der schonende und effiziente Energieverbrauch sowie eine stetige Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien Bedingung einer nachhaltigen Politik.

[53] Wärmeschutz ist Klimaschutz. Energie zu sparen und effizienter zu nutzen wollen wir intensiv fördern. Dabei setzen wir auf regulative Eingriffe ebenso wie auf die Mechanismen des Marktes. Energieeinsparpotentiale bei Sanierungsmaß-

nahmen im Gebäudebestand und bei Neubauvorhaben sind ebenso wie beim Einsatz von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen in Privathaushalten, dem öffentlichen Bereich und in Unternehmen auszunutzen und durch entsprechende Förderung anzureizen und zu begleiten. Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2020 seine Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass in Bremen und Bremerhaven die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden, um zu diesem ambitionierten Ziel einen Beitrag zu leisten. Dementsprechend benötigen wir eine **lokale Agenda „Klimaschutz“**. Das Einsparen von Energie, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind die tragende Säule unserer Politik für den Klimaschutz.

[54] Wir sind grundsätzlich für einen Energiemix aus fossilen Energieträgern, erneuerbarer Energie und Kernenergie, wollen perspektivisch aber eine Schwerpunktsetzung und Umsteuerung hin zu **erneuerbaren Energien**. Vor dem Hintergrund der tatsächlichen Energiebedarfe – insbesondere auch unserer Industrie- und Wirtschaftsbetriebe – und der Situation in den europäischen Nachbarländern bleiben wir realistisch: Ein ausnahmsloses Nein zur Kernenergie ist derzeit unrealistisch. Die bestehenden Kohlekraftwerke müssen zukünftig mittels höherer Wirkungsgrade und geringerer CO₂-Ausstöße wirtschaftlich betrieben werden können. Insbesondere in dem neuen Verfahren der CO₂-Abtrennung und -Einlagerung sehen wir große Chancen zur Verbesserung der CO₂-Bilanz auch in Bremen. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der nachwachsenden Rohstoffe und anderer regenerativer Energiequellen an der Gesamtenergiegewinnung kontinuierlich zu steigern. Wir erwarten, dass sie bis 2050 den Hauptteil der Energiebereitstellung im Lande Bremen tragen. Den für das Land Bremen größten Wachstumsmarkt sehen wir im Bereich der Planung und des Anlagenbaus in der Windenergiebranche, für den wir Bremerhaven dauerhaft als Kompetenzzentrum etablieren wollen.

Finanzen

[55] Es gibt für die CDU Bremen keine Alternative zur **Sanierung des Landshaushaltes**. Ziel muss es dabei sein, zukünftig Haushalte für unsere Städte und

das Land aufzustellen, die ohne neue Kredite auskommen. Anschließend sind die vorhandenen Schulden schrittweise zu tilgen. Dies führt zu neuen haushalterischen Handlungsspielräumen, da bisher für Zinszahlungen erforderliche Mittel verfügbar werden. Der Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtet gleichsam zum schonenden Umgang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln des Staates wie zur verantwortungsvollen Nutzung der staatlichen Einnahmemöglichkeiten. Dies bedeutet, dass alle Ausgaben dahingehend zu überprüfen sind, ob sie sowohl der Höhe nach als auch in Bezug auf den damit verfolgten Zweck notwendig und sinnvoll sind. Sämtliche Ausgaben sind bei jeder Haushaltsaufstellung erneut zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang ist eine umfassende Betrachtung und Bewertung staatlicher Aufgaben erforderlich. Hinsichtlich der Einnahmemöglichkeiten ist darauf zu achten, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen nicht in überzogener oder gar standortschädigender Weise in Anspruch genommen werden. Es muss sichergestellt werden, dass europäische Fördermittel sowie Fördermittel des Bundes tatsächlich genutzt werden. Hier gilt es zu überprüfen - auch im Hinblick auf den Bremer Eigenanteil und Folgekosten -, welche sinnvoll und notwendig sind.

[56] Bremens Selbständigkeit ist keine Selbstverständlichkeit. Eigenständigkeit bedeutet zuerst, einen entsprechenden **Eigenbeitrag** zu erbringen. Nur eine erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik kann Bremens Selbständigkeit nachhaltig sichern. Unter Eigenbeitrag verstehen wir Sparsamkeit, Ausschöpfen der Einnahmemöglichkeiten, effektiven Einsatz von Haushaltsmitteln und eine Stärkung der Wirtschaftskraft Bremens. Es ist weiterhin erforderlich, dass sie durch Berücksichtigung von Sonderlasten im Länderfinanzausgleich ergänzt werden. Hierbei sind die besonderen Leistungen Bremens und Bremerhavens auch für andere Länder und den Bund, z.B. durch das Vorhalten der Hafeninfrastuktur, bei der Verteilung des Steueraufkommens zu berücksichtigen.

[57] Eine **gerechtere Finanzverfassung** in Deutschland ist für die CDU Bremen die Voraussetzung dafür, den Haushalt zu sanieren und Bremen aus sich heraus finanziell lebensfähig zu halten. Das derzeitige System der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern benachteiligt die Stadtstaaten durch seine leistungsfeindliche Steuererlegung. Bremen und Bremerhaven sind

nicht arm, sie werden arm gerechnet. Wir treten dafür ein, mittelfristig ein Steuersystem zu schaffen, in dem sich die Wirtschaftskraft angemessen in der Finanzkraft durch entsprechendes Steueraufkommen widerspiegelt. Insbesondere die derzeitige Lohnsteuererlegung, die dazu führt Lohn- und Einkommenssteuer am Wohnort und nicht am Ort des Arbeitsplatzes zu zahlen, bedingt für einen Stadtstaat wie Bremen gravierende Verzerrungen und eine ungerechte steuerliche Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Leistungskraft. Wir treten auf allen politischen Ebenen dafür ein, dieses System so zu gestalten, dass Bremen seine öffentlichen und staatlichen Aufgaben durch einen auskömmlichen Haushalt selbständig wahrnehmen kann. Dazu wollen wir ein solidarisches Zusammenstehen aller politisch relevanten Kräfte in Bremen für Bremen organisieren. Eine Umgestaltung des Steuersystems in Deutschland soll nach unserer Auffassung auch alle Möglichkeiten der Vereinfachung, der Transparenz und Gerechtigkeit im Sinne des Bürgers ausschöpfen.

[58] Bevor das Land Bremen seine Altschulden abbauen kann, muss die **Neuverschuldung gestoppt** werden. Die CDU Bremen bekennt sich aus Verantwortung für kommende Generationen zu einer verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse. Der Staat darf zukünftig nur noch in Ausnahmesituationen Schulden aufnehmen, wenn er zugleich die Rückzahlung sichert. Die Chancen, die sich aus Finanzhilfen des Bundes und anderer Bundesländer ergeben, müssen konsequent genutzt werden. Die CDU Bremen will dazu beitragen, dass Bremens Sparanstrengungen ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens zugrunde liegt, damit Einzelinteressen keine für Bremens Zukunft bedrohliche Lähmung bewirken können.

IV. Chancengerechtigkeit in Bremen

1. Aufstiegs-gesellschaft: Bildung, Ausbildung, Wissenschaft

Bildung, Ausbildung

[59] Bildungs- und Familienpolitik sind für die CDU Bremen Zukunftspolitik. Bildung ist der **Schlüssel für die Zukunft**. Bildung ist die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Lebensführung und deshalb weit mehr als die bloße Vorbereitung auf den Arbeitsprozess. Dieses erfordert eine Neuausrichtung der Politik, verlangt veränderte Schwerpunktsetzungen, einen Bewusstseinswandel in Politik und Gesellschaft und geänderte Ressortzuschnitte.

[60] Bildung ist für uns ein Schwerpunkt unserer Politik. Die Finanzierung darf sich weder nach staatlicher Kassenlage noch nach den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen richten, sondern muss durch den Bedarf gesteuert werden. Wir wollen „**Bildung für alle**“, denn Bildung eröffnet individuelle Chancen auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe und ist besonders für ein Bundesland wie Bremen die Grundlage für ökonomischen Erfolg, gesellschaftliche Integration sowie Anerkennung und sozialen Aufstieg.

[61] Bildungspolitik ist in einer Wissensgesellschaft deshalb für uns auch zukunftsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein offenes allgemein zugängliches und durchlässiges Bildungssystem muss im Zentrum des Bemühens für **Chancengerechtigkeit** stehen. Bremer Kinder müssen im Vergleich mit anderen Bundesländern die gleichen Startchancen haben. Leistung und Begabung müssen entscheiden, nicht Herkunft und Geldbeutel. Der uneingeschränkte Zugang zu Bildung ist ein Grundrecht und Ausdruck sozialer Gerechtigkeit. Im Bildungssystem darf es keine Gleichmacherei und keine Sackgassen geben. Durchlässigkeit und Leistungsorientierung müssen deshalb wesentliche Strukturmerkmale des Bildungssystems sein.

[62] Bildung ist ein **Standortfaktor** für das Land. Bremen braucht nicht nur qualifizierten Nachwuchs, sondern auch für die Wirtschaft ist Schulwesen Standort-

faktor. Die CDU Bremen ist offen für Kooperationen zwischen Privaten, Wirtschaft und Staat, wenn es um die Realisierung erforderlicher Projekte im Bereich Bildung geht.

[63] Bildung soll für den Bürger kostenfrei sein: Die CDU Bremen steht für eine grundsätzliche **Kostenfreiheit** von Bildung in Kindergarten, Schule und Hochschule. Die Regelstudienzeit bis zum ersten für den Beruf qualifizierenden Abschluss bleibt kostenfrei. Wir stehen zur Bremer Lehr- und Lernmittelfreiheit und wollen sie leistungsfähig und aktuell ausgestalten.

[64] Wir brauchen **kontinuierliche Bildungsverläufe**. Dazu benötigen wir eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule, Grundschule und weiterführenden Schulen sowie den beruflichen Schulen, die wir mit einer zeitgemäßen und aktuellen Ausstattung leistungsfähig erhalten und – wo notwendig – weiterentwickeln wollen. Gerade deshalb gehört für die CDU Bremen die politische Zuständigkeit für den gesamten Bereich Bildung vom Kindergarten bis zur Schule in eine Ressortverantwortung.

[65] Staatliche **Bildung beginnt im Kindergarten**: Wir dürfen den Wissensdurst unserer Kinder nicht enttäuschen. Zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung soll kurzfristig das letzte Kindergartenjahr verpflichtend für alle werden und deshalb beitragsfrei sein. Für die CDU Bremen bleibt das mittel- bis langfristige Ziel der beitragsfreie dreijährige Besuch eines Kindergartens. So erhöhen wir den frühen Bildungszugang für Kinder aus einkommensschwachen Familien, ohne den Grundsatz der Wahlfreiheit für Eltern in Frage zu stellen. Frühkindliche Bildung bedeutet für uns eine Stärkung des Selbstbewusstseins jedes einzelnen Kindes und die Förderung der Talente, Begabungen und Interessen unserer Kinder. Der vorschulische Anspruch des dritten Kindergartenjahres sollte im Sinne eines verbesserten Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule weiterentwickelt werden. Ganztagesbetreuung soll flächen- und bedarfsdeckend ermöglicht werden.

[66] Kindergärten und Kindertagesstätten sollen zur Bildungsförderung genutzt werden. Der **Bildungsauftrag** wird dem **Betreuungsauftrag** gleichgestellt. Die Kinder sollen spielerisch ans Lernen herangeführt werden. Ziel des Kindergartenbesuchs ist die Schulreife.

[67] Die Attraktivität und die Wertschätzung der beruflichen Tätigkeit von **Erzieherinnen und Erziehern** muss gesteigert und die Ausbildung den neuen Herausforderungen und den höheren Ansprüchen angepasst werden. Kontinuierliche Weiterbildung ist deshalb wichtig. Die Fortbildungsmaßnahmen müssen die Vermittlung ausreichender Kenntnisse der Vorschulbildung zum Ziel haben.

[68] Gezielte **Sprachförderung** muss bereits im Kindergarten beginnen: Wir brauchen eine verbindliche Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung bereits im Kindergarten. Ziel muss es sein, dass alle Kinder bei der Einschulung dem Unterricht auf Deutsch folgen können. Soziale Integration ist eine wesentliche Aufgabe von Erziehung und Bildung im Kindergarten.

[69] **Bildung der Persönlichkeit**, Leistung, Eigeninitiative und Selbstverantwortung sollten Leitbild der Lehrpläne sein, denn die Vermittlung einer umfassenden Allgemeinbildung ist wichtig. Hierzu gehört auch eine grundlegende Heranführung an unsere religiösen Wurzeln. Die CDU Bremen hält deshalb den in der Landesverfassung verankerten Religionsunterricht in Biblischer Geschichte auf allgemein christlicher Grundlage an öffentlichen Schulen für unverzichtbar. Eine allgemeine Religionskunde lehnen wir ab.

[70] Unser Ziel ist es, dass **niemand ohne Abschluss** die Schule verlässt. Das Abitur darf nicht der einzige Schulabschluss sein, der eine erfolgreiche Berufsausbildung ermöglicht. Jeder Schulabschluss muss ein Fortkommen ermöglichen. Die CDU Bremen setzt sich nachdrücklich für die Stärkung aller Schulabschlüsse im Lande Bremen ein. Dabei ist die Orientierung an Bildungsstandards durch Vergleichsarbeiten und die Teilnahme an nationalen und internationalen Vergleichsstudien ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege hin zu mehr Qualität.

[71] Chancengerechtigkeit bedeutet für uns Leistungsgerechtigkeit. Ein Bremer Schüler soll jederzeit in der Lage sein das Bundesland ohne Leistungsdefizit zu wechseln. Ein in Bremen erlangter Schulabschluss soll **bundesweit vergleichbar** sein.

[72] Wir befürworten die schrittweise Einführung eines bundesweiten Zentralabiturs, das **Transparenz und Vergleichbarkeit** ermöglicht. Ein erster Schritt ist dabei die Einführung von länderübergreifenden Abiturstandards in den Kernfächern (Deutsch, Mathematik und Englisch). Hierfür ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen unerlässliche Voraussetzung.

[73] Eigenverantwortung ist eine Voraussetzung für **Qualitätsentwicklung** an Bremer Schulen. Dabei sollen den Schulen lediglich Budgetrahmen und Lehrstandards vorgegeben werden. Vergleichsarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen sind für uns entscheidende Mittel der Steuerung und Ergebniskontrolle. Die Schulleitungen erhalten Personal- und Qualitätsverantwortung. Wir wollen die organisatorische und strukturelle Eigenständigkeit der Schulen stärken und damit ihre inhaltliche und regionale Profilbildung ermöglichen.

[74] Die CDU Bremen bekennt sich ausdrücklich zur Notwendigkeit von Ganztagschulen. Wir wollen ein Schulangebot, das Eltern eine wirkliche **Wahlfreiheit** zwischen Ganztags- und Halbtagschule ermöglicht. Die Ganztagschule muss so gut ausgestattet sein, dass der Tag kindgerecht strukturiert und ausgefüllt ist. Wir brauchen verlässliche Schulzeiten für alle Beteiligten. Dadurch lassen sich nicht nur für Eltern Beruf und Familie vereinbaren, sondern auch der Schulalltag erhält einen festen Rahmen.

[75] Für ein gutes Lern- und Unterrichtsklima ist die Klassengröße entscheidend. Wir brauchen deshalb kleinere Klassen, damit Schulkinder die Möglichkeit haben, dem Unterricht zu folgen, und damit Lehrkräfte guten Unterricht machen können. Die CDU Bremen fordert, dass die durch sinkende Schülerzahlen entstehende „demographische Dividende“ (im Hinblick auf die Kapazitäten der Lehrkräfte und frei werdende Finanzmittel) in vollem Umfang für die Verbesserung des Schulwesens und die Verringerung der Klassenstärken eingesetzt wird. Zur

Qualitätsentwicklung gehört für uns auch eine laufende Überarbeitung und Aktualisierung der Lehrpläne, der Fachdidaktik und der Methodik, damit **gute Schule** konkret wird.

[76] Die gesellschaftliche Wirklichkeit stellt die Schule heute vor ganz neue Herausforderungen. Schule ist nicht ausschließlich Bildungseinrichtung, sondern wird mit der Notwendigkeit konfrontiert, nicht nur Wissen sondern auch soziale Kompetenzen und Werte zu vermitteln. Schule hat damit auch einen **Erziehungsauftrag**. Die Schule darf dabei aber nicht zum „Reparaturbetrieb“ der Versäumnisse im Elternhaus werden.

[77] **Gewalt** hat **an Schulen** keinen Platz. Ihr ist entschieden entgegenzutreten. Dies erfordert eine verbesserte Zusammenarbeit von Schulen, Polizei, sozialen Einrichtungen und Justiz unter Einbindung der Eltern.

[78] Besonders beim Erwerb sozialer Kompetenzen sind die Schulen auf die **Mitarbeit der Eltern** angewiesen. Schüler, Eltern und Lehrkräfte arbeiten zusammen und bilden ein „erzieherisches Dreieck“, in dem die Beteiligung der Eltern den wichtigsten sozialen Baustein bildet. Ein Vertrauensverhältnis zwischen Schülern, Eltern und Lehrkräften ist Voraussetzung für eine erfolgreiche pädagogische Arbeit, damit Schüler Sozialkompetenzen, Werte und Tugenden wie Teamfähigkeit, Pünktlichkeit, Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft und Respekt erwerben.

[79] Die **Lehrkräfte** leisten einen entscheidenden Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung und sollen deshalb verantwortungsbewusst und eigenverantwortlich arbeiten können. Lehrerfortbildung ist in Zeiten rasant wachsenden Wissens ein entscheidender Baustein für hohe Schulqualität. Bessere Leistung und Einsatzbereitschaft müssen sich auch für den Lehrer auszahlen.

[80] **Unterschiedliche Begabungen** erfordern verschiedene Schulformen. Wir brauchen für jeden Schüler die geeignete Schule: Jedes Kind muss die Chance haben, ein Leistungsniveau zu erreichen, das seinem Potential entspricht. Ein klar strukturiertes und auf Kontinuität angelegtes Schulsystem fördert dies. Ent-

scheidend ist die Qualität des Unterrichts. Die CDU Bremen steht für ein gegliedertes Schulwesen nach der Grundschule. Wir betrachten die im Bildungsgipfel im Dezember 2008 auf Initiative der CDU von allen wesentlichen politischen Kräften Bremens vereinbarte Neuordnung der Schulstruktur ab Klasse 5 als endgültigen Abschluss der ideologisch verblendeten Diskriminierung der Gymnasien. Das Zwei-Säulen-System für die Schülerjahrgänge 5 bis 12 mit Oberschulen und Gymnasien betrachtet die CDU Bremen als adäquate Antwort auf die Bedürfnisse der bremischen Bevölkerung und als geeignetes Werkzeug zur dringend notwendigen Reparatur des durch den verhängnisvollen Drang zur Einheitsschule in der Vergangenheit stark beschädigten bremischen Schulwesens. Unterschiedliche Lernerfolge betrachten wir als unvermeidbare Merkmale der begrüßenswerten Individualität Lernender. Das steuerfinanzierte allgemeine Schulwesen muss auf diese Gegebenheiten optimal reagieren. Alle Schulen sollen Förderangebote für leistungsstarke und leistungsschwache Kinder anbieten. Wir müssen die Bildung von „Restschulen“ und die damit verbundenen verzerrten Schulumilieus vermeiden.

[81] Wir bekennen uns zu **Förderung von Begabungen**. Hochbegabte müssen besonders gefordert werden, damit sie nicht das Interesse am Lernen verlieren. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden in der Grundschule integrativ beschult. Bei den weiterführenden Schulen setzen wir uns für eine schrittweise Integration der Förderkinder aus dem Bereich Lernen/Sprache/Verhalten (LSV) in die Regelschule ein. Dazu brauchen aufnehmende Schulen entsprechende Kompetenzen und Ressourcen.

[82] Die CDU Bremen unterstützt die vorhandenen **Privatschulen** und die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft. Die staatlichen Schulen müssen sich in Angebotsvielfalt und Qualität als Schrittmacher verstehen und sich dem Wettbewerb mit den Privatschulen stellen.

[83] Die theoretische und praktische **Berufsvorbereitung** und Berufsorientierung muss – auch durch Kooperationen mit der Wirtschaft – intensiver als bisher in der Schule verankert werden. Die Studienorientierung von Schülern muss verbessert werden. Selbst- und Eignungstests können zu einer zielgerichteteren

Studienwahl führen. Das schulbegleitende Frühstudium muss als Form der Hochbegabtenförderung gestärkt werden.

[84] Bildung und Ausbildung sind keine abgeschlossenen Lebensabschnitte mehr. Unter den Rahmenbedingungen eines schnellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels ist Bildung ein das ganze Leben begleitender Prozess. Systematische Fort- und Weiterbildung und kontinuierliche berufliche Qualifizierung müssen zum selbstverständlichen **Bestandteil aller Phasen des Lebens** werden.

Wissenschaft

[85] Die CDU Bremen bekennt sich zur Beibehaltung der **Einheit von Forschung und Lehre**, zur Förderung von Eliten sowie zur Entfaltung von Exzellenz an Universität und Hochschulen.

[86] Die CDU Bremen befürwortet eine **Profilierung** der jeweiligen Stärken von Fachhochschulen und Universitäten. Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Formen akademischer Aus- und Weiterbildung muss sich an klar definierten Kriterien der Befähigung und der Leistung orientieren.

[87] Die CDU Bremen fordert eine **Verkürzung der Studienzeiten**. Dazu sind gute Studienbedingungen mit entsprechender finanzieller Ausstattung und klar strukturierte Studienordnungen Voraussetzung. Die Regelstudienzeit sollte eine höhere Verbindlichkeit haben. Auslandsaufenthalte müssen einen festen Platz in den Studienordnungen haben.

[88] Nach Ablauf der Regelstudienzeit für den ersten berufsqualifizierenden Abschluss leisten alle Studierenden einen Beitrag zur Finanzierung ihrer Hochschule oder Universität in Form von **Studienbeiträgen** zur Verbesserung der Lehre.

[89] Wir sehen in **Stiftungsprofessuren** eine beispielhafte Kooperationsmöglichkeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, die von den Hochschulen und U-

niversitäten stärker angestrebt und von der Wirtschaft stärker gefördert werden sollte. Unser Ziel ist es, Universität und Hochschulen bei der Akquisition zusätzlicher Mittel und der Liegenschaftsnutzung und -verwaltung kurzfristig größere Handlungsspielräume zu geben sowie mittelfristig die Personalverantwortung zu übertragen. Für die Universität und die Hochschulen sehen wir deshalb in der Rechtsform einer Stiftung öffentlichen Rechts eine Möglichkeit, diese Vorteile zu realisieren.

[90] Eine sich wandelnde Arbeitswelt braucht **neue Wege der Hochschulbildung**: Berufstätigkeit und Phasen des Lernens und der Weiterbildung müssen sich abwechseln können und/oder ineinander greifen. Berufliche Qualifikationen können den Fachhochschulzugang eröffnen. Von einem solchen Austausch können Hochschulen und Wirtschaft profitieren. Die Wirtschaft ist aufgefordert, solche Phasen der Bildung und Weiterbildung zu ermöglichen und zu unterstützen.

[91] Die Hochschulen müssen sich für neue Formen der **modularisierten akademischen Weiterbildung** öffnen. Wir sehen die mit dem Bologna-Prozess (Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes durch die Einigung auf Bachelor und Master als standardisierte Abschlüsse) begonnene Neuordnung der Studienangebote als Möglichkeit für Hochschulen und Universitäten, ihre Weiterbildungsangebote auszuweiten, sich zu profilieren und besser zu vermarkten. Mit einem größeren Kreis von Teilnehmern besteht die Möglichkeit für Hochschulen und Universitäten, Einnahmen (zum Beispiel über Graduiertenschulen) zu erschließen. Für Lehrende ist die Möglichkeit der Anrechnung von Veranstaltungen akademischer Weiterbildung auf ihr Lehrdeputat erforderlich.

2. Generationengerechtigkeit: Familie, Frauen, Kinder, Jugend, Senioren

[92] Die Förderung und Unterstützung von **Familien und Kindern ist ein Schwerpunkt unserer Politik**. Wir wollen den Zusammenhalt in der Gesellschaft und das gegenseitige Entstehen der Generationen stärken. Familienpolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe, das heißt, dass sie alle Bereiche staatlichen und politischen Handelns erfasst. Dieser Schwerpunkt muss sich unserer Auffassung

nach z. B. in einer steuerlichen Besserstellung von Familien mit Kindern und einer angemessenen Berücksichtigung von Erziehungsleistungen in der Altersversorgung ausdrücken.

[93] Kinder stehen unter besonderem **Schutz**. Schon deshalb ist insbesondere Kinderarmut für uns völlig inakzeptabel. Kinder, insbesondere die von Armut betroffen sind, brauchen tätige Zuwendung, Vorbilder und Aufstiegschancen. Sie müssen besonders unterstützt und gefördert werden, damit sie gestärkt in ihre Zukunft blicken. Wir müssen die Erziehungsverantwortung der Eltern stärken und einfordern, denn die Eltern stehen zuallererst für ihre Kinder ein. Der Staat soll und muss eingreifen, wenn Eltern ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen. Maßstab sind im Zweifelsfall die Interessen des Kindes.

[94] Die CDU Bremen will einen bedarfsgerechten, stadtteilunabhängigen Ausbau der **Betreuungsangebote** für unter Dreijährige. In einem ersten Schritt soll vorrangig alleinerziehenden Elternteilen die Möglichkeit gegeben werden, einer Berufstätigkeit nachzugehen. Wir unterstützen die Initiative des Bundes zur Gründung von betrieblichen Kinderbetreuungsplätzen und fordern eine verstärkte Initiative des Staates und bremischer Unternehmen, um ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu erreichen. Kinderbetreuung, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen soll, muss aber auch Grundschulkindern einschließen. Die CDU Bremen setzt sich deshalb für den gezielten Ausbau von verlässlichen Betreuungsangeboten für Grundschulkindern ein.

[95] Der Zugang zu Bildungs-, Freizeit- und Sporteinrichtungen ist elementarer Bestandteil der langfristigen **Bekämpfung von sozialer Benachteiligung** von Kindern. Wir benötigen flächendeckend entsprechende kommunale Einrichtungen, auch zur Gestaltung kinder- und jugendgerechter Freizeitangebote. Wir brauchen deshalb in den Stadtteilen verankerte Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, die vorbeugend als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und im Notfall vermittelnd eingreifen können.

[96] Wir brauchen eine familienfreundliche Wirtschafts- und Arbeitswelt: Wir können es uns nicht leisten, Potenziale brach liegen zu lassen, weil sich Berufstätige

tigkeit und Elternschaft nicht vereinbaren lassen. **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist nicht nur eine Frage der Kinderbetreuung, sondern es bedarf substantieller Verbesserungen bei der flexiblen Ausgestaltung von Arbeitszeiten und Lebensarbeitszeitkonten für Frauen und Männer. Studierende mit Kindern brauchen besondere Unterstützung. Jede Hochschule und Universität sollte über eine Kinderbetreuung vor Ort verfügen.

[97] Für die CDU Bremen bedeutet eine Flexibilisierung der Arbeitswelt aber auch, dass **Frauen und Männer** tatsächlich in die Lage versetzt werden, einen Ausgleich zwischen verschiedenen geschlechterbezogenen Rollenverteilungen herzustellen. Familie und Erziehung dürfen nicht auf der einen und Beruf und Arbeit auf der anderen Seite einer Aufgabenteilung stehen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet deshalb für die CDU Bremen, dass insbesondere Frauen nicht gezwungen werden, sich für die Wahrnehmung der einen oder der anderen Aufgabe entscheiden zu müssen. Wir versprechen uns von einer gemeinsam wahrgenommenen Verantwortung für Familie und Beruf eine Stärkung von Ehe, Partnerschaft und Familie.

[98] Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass die Gleichberechtigung von Männern und Frauen mit Leben erfüllt wird. Gleiche **Rechte und Chancen für Frauen** zu schaffen sowie Benachteiligungen abzubauen, ist unser erklärtes Ziel. Dazu gehören u.a. gleiche Berufs- und Aufstiegschancen im Erwerbsleben, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die CDU Bremen sieht ihre Aufgabe darin, die Mitwirkung und Mitverantwortung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fördern und voranzubringen. Deshalb ist es das erklärte Ziel der Bremer CDU, Frauen bei der Verteilung von politischen Ämtern entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung zu berücksichtigen. Gleichstellungspolitik bleibt solange auf der politischen Tagesordnung, solange die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft noch keine Selbstverständlichkeit ist. Darum brauchen wir auch weiterhin das Amt der Gleichstellungsbeauftragten.

[99] Wir sind für eine Flexibilisierung und Individualisierung von Altersgrenzen. Die Lebens- und Berufserfahrung Älterer gilt es verstärkt für die Gesellschaft zu gewinnen. Ihr Engagement ist für uns zunehmend unverzichtbar. Die **demographische Entwicklung** stellt uns mit einer alternden Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Die kommunale Infrastruktur bedarf einer entsprechenden Ausrichtung, damit jeder am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Um dem entgegen zu wirken, benötigen wir ein bedarfsgerechtes und differenziertes Dienstleistungsangebot.

[100] Die CDU Bremen steht für ein **Miteinander der Generationen**, das von Verständnis, Respekt, gegenseitiger Unterstützung und Dialog geprägt ist. Gerade hierin sehen wir einen wichtigen Baustein für eine moderne Stadtgesellschaft der Zukunft. Generationengerechtigkeit verbietet zukünftig zudem ein Denken in Alterskategorien und heißt für uns, einerseits die Potenziale der Älteren stärker zu nutzen und ihnen andererseits eine Altersversorgung zu ermöglichen, die die einzahlenden Generationen nicht überfordert, die aber andererseits eine gerechte und auskömmliche Gestaltung des Lebensabends zulässt und eine angemessene Honorierung der individuellen Lebensleistung widerspiegelt. Altersarmut ist ein wachsendes Problem. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Altersversorgung oberhalb der Grundsicherung. Dazu bedarf es nach unserer Auffassung einer neuen und ausgewogenen Gestaltung von Renten und Versorgungsbezügen, die sich aus Beiträgen aufgrund des Generationenvertrages, aus betrieblichen Anteilen der Altersvorsorge und verstärkt notwendigen Eigenvorsorgeanstrengungen speisen müssen. Darüber hinaus haben die Menschen auch im Alter einen Anspruch darauf, alle Möglichkeiten des Gesundheits- und Pflegesystems ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechend nutzen zu können.

3. Soziale Gerechtigkeit: Sozialer Staat zwischen Eigenverantwortung und Fürsorge

[101] Soziale Gerechtigkeit ist ein gemeinschaftliches Ziel, zu dem jeder einen Beitrag leisten muss. Für die CDU Bremen ist es Aufgabe der Politik, soziale Notlagen zu beheben oder zu verhindern und so einem **Auseinanderdriften der Gesellschaft** zu begegnen. Soziale Gerechtigkeit muss beständig neu erarbeitet

werden und muss die Lasten solidarisch verteilen. Soziale Sicherheit ist ein grundlegender Faktor gesellschaftlicher und politischer Stabilität. Staatliche soziale Sicherungssysteme müssen wirksam, effektiv, diskriminierungsfrei und verhältnismäßig sein und grundlegende Lebensrisiken absichern. Ziel muss es sein, Lebensqualität in allen Teilen des Landes Bremen zu erhalten oder zu erreichen.

[102] Die CDU Bremen ist einer subsidiären Sozialpolitik verpflichtet: Für uns gehen Förderung und Hilfe zur **Selbsthilfe vor Alimentierung**. Deshalb müssen wir die Eigenverantwortung stärken und in erster Linie Möglichkeiten eröffnen, diese auch wahrzunehmen. Denn der Grund für staatliche Leistungen sollte stets eine individuelle Notlage und die Bedürftigkeit des Einzelnen sein. Hilfe sollte immer Hilfe zur Selbsthilfe sein. Eine dauerhafte Alimentation widerspricht diesem Prinzip, das auf schnelle Behebung der Notlage ausgerichtet sein soll. Die Vergabe von Transferleistungen unterliegt besonderer Verantwortung und staatlicher Kontrolle: Akzeptanz erhält man nur durch eine gerechte Vergabe sozialer Leistungen nach dem Prinzip der Bedürftigkeit und einem entschiedenen Entgegenreten gegen Missbrauch. Leistungsempfänger sind aufgefordert, eigenverantwortlich mit den Mitteln staatlicher Hilfe umzugehen. Ziel muss es sein, dass aus Leistungsempfängern Erwerbstätige und Beitragszahler werden.

[103] Die CDU Bremen steht für eine **subsidiäre soziale Verantwortung**, also Selbstverantwortung vor staatlichem Handeln. Der Eigenverantwortung folgt die Verantwortung des familiären, des sozialen und gesellschaftlichen Umfeldes, die auch als Ausdruck eines zur Nächstenliebe verpflichteten Menschenbildes ist. In diesem Zusammenhang spielen freie Träger und Kirchen eine wichtige und notwendige Rolle. Erst zuletzt muss das staatliche soziale Sicherungssystem greifen. Dies muss auch in Bremen effektiv, diskriminierungsfrei und wirksam zum Wohle der Betroffenen organisiert sein. In der Regel wird ein gemeinsames Handeln notwendig und einzufordern sein.

[104] Wir wollen die Ursachen von Armut und nicht ihre Symptome bekämpfen. Armut in jungen Jahren kann am wirksamsten durch Bildung und Aufstiegschancen begegnet werden. **Für uns ist eine Chancengesellschaft eine Aufstiegsge-**

sellschaft: Deshalb muss eine bessere Entfaltung der individuellen Potentiale Vorrang vor einer Ausweitung der Umverteilung haben.

[105] Das Gesundheitssystem ist Bestandteil öffentlicher **Daseinsvorsorge**. Es ist Aufgabe des Staates, eine dem Stand der Wissenschaft entsprechende, allgemein zugängliche und bezahlbare gesundheitliche Versorgung aller sicher zu stellen. Medizinische Leistungen müssen sich primär am Patientenwohl orientieren. Wir wollen die Verwaltungsausgaben im Gesundheitsbereich möglichst gering halten. Dieses wird nach unserer Auffassung durch ein Zusammenwirken von privaten, frei gemeinnützigen und staatlichen Einrichtungen und Institutionen unter staatlicher Aufsicht gewährleistet. Das Gesundheitswesen ist wirksam und effizient auszugestalten. Die CDU Bremen setzt sich in diesem Sinne für eine Förderung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen ein. Veränderungen des Gesundheitssystems müssen den Patienten in den Mittelpunkt stellen und zu spürbaren Verbesserungen der Versorgung führen. Wir setzen uns für eine klare kommunale Krankenhausstruktur mit einheitlicher Führung ein.

[106] Wir erwarten, dass jeder für die Erhaltung seiner Gesundheit Verantwortung übernimmt. Die Wahrnehmung dieser Eigenverantwortung durch gesundheitsbewusstes Verhalten soll finanziell belohnt werden. Vorbeugen ist der beste Weg. Insbesondere das gesundheitliche **Wohlergehen von Kindern** bedarf unserer Aufmerksamkeit. Risikofaktoren gilt es vorbeugend zu senken. Dazu gehören zum Beispiel Schutzimpfungen, die für den Besuch des Kindergartens verpflichtend gemacht werden sollten. Auch die frühkindlichen Gesundheitsuntersuchungen sollten verpflichtend sein.

[107] Die Aufklärung über die **Risiken des Missbrauchs von Rauschmitteln**, insbesondere von Alkohol und illegalen Drogen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsvorsorge und die beste Prävention. Sie muss bei Kindern- und Jugendlichen beginnen. Gesetzliche Verkaufs- und Konsumverbote zum Schutz der Jugend müssen konsequenter als bisher auch mit staatlichen Mitteln durchgesetzt werden. Die CDU Bremen lehnt die Legalisierung von illegalen Rauschmitteln ab. Drogenabhängige sind krank und bedürfen der Hilfe durch das öffentli-

che Gesundheitssystem in Form von Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen.

[108] **Ältere und behinderte Menschen**, die zur Bewältigung des Alltags auf Hilfe angewiesen sind, sollen so lange wie möglich und gewünscht in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Im Ausbau haushaltsnaher Dienste sehen wir deshalb einen wichtigen Beitrag zum selbstbestimmten Leben. Um Transparenz zu steigern, Qualitätsmaßstäbe zu sichern und das Vertrauen in die Dienstleister zu erhöhen, ist eine Qualitätsoffensive für haushaltsnahe Dienstleistungen erforderlich, die eine Übersicht über die angebotenen Leistungen ermöglicht. Zur Qualitätssicherung soll es eine unabhängige Beschwerdestelle geben.

[109] Die CDU Bremen steht für den Erhalt und für die Sicherung des **Prinzips der freien Arztwahl**. Der eigene Hausarzt ist für den Patienten in der Regel der erste Ansprechpartner, jedoch darf diese Praxis nicht zu einer Unterbindung der freien Arztwahl führen. Für einen Stadtstaat, in dem die Wege kurz sind, bleibt die freie Arztwahl im Sinne einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung das Fundament, auf dem ein patientenfreundliches Gesundheitssystem ruht. Wir befürworten zudem eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten. Wissenschaftlicher Fortschritt im Gesundheitssystem erfordert eine modularisierte Weiterbildung und Weiterqualifizierung aller Berufsgruppen in diesem Bereich.

[110] Die **Gesundheitswirtschaft** ist ein Wachstumsmarkt, der Dienstleistungen anbietet, die eine wachsende Zahl von Menschen in einer alternden Gesellschaft nachfragen werden. Bremen kann von dieser Entwicklung als Standort entscheidend profitieren. Der Wettbewerb in der gesundheitlichen Versorgung führt aber auch zu einer wachsenden Nachfrage nach unabhängigen Informations- und Beratungsmöglichkeiten über Krankenkassentarife, Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten. Die Qualität ärztlicher Leistungen darf dabei nicht in Frage gestellt werden. Wir treten daher für ein Konzept der neutralen Verbraucher-, Versicherten- und Patienteninformation und -beratung in Bremen ein. Dabei sollen Leistungserbringer wie Selbsthilfeorganisationen und Verbraucherzentralen einbezogen werden.

[111] Zu einem leistungsfähigen Gesundheitssystem gehört auch eine **menschenwürdige Begleitung der letzten Lebensphase**. Die Stärkung der Palliativmedizin ist deshalb dringend geboten. Die Patientenverfügung steht im Spannungsfeld von Patientenwillen und Patientensicherheit. Wir wünschen uns deshalb eine höhere Rechtsverbindlichkeit der Patientenverfügung. Die Menschenwürde im Sterben wahren heißt, dass Menschen „an der Hand und nicht durch die Hand“ Anderer sterben sollen. Die Hospize spielen hier eine wichtige Rolle. Wir stehen zu einer Bestattungskultur, die Ausdruck einer über den Tod hinausgehenden Menschenwürde ist und halten deshalb an den bestehenden Regelungen des Bestattungswesens fest.

V. Zukunft in Wohlstand und Sicherheit

1. Wachsendes Bremen: Wirtschaft, Häfen, Arbeit

[112] Eine **flourierende Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze** sind der Grundpfeiler für die zukünftige Entwicklung und Selbständigkeit unseres Bundeslandes. Denn wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung mindert Sozialleistungsausgaben und führt zu Einnahmen und Wohlstand bei den Beschäftigten und Steuereinnahmen des Staates. Diese ermöglichen erst staatliches Handeln. Wirtschaftliches Wachstum führt dazu, dass soziale Spannungen abgebaut werden können. Unsere Aufgabe ist es dabei, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu führen, dass Unternehmen in Bremen und Bremerhaven bleiben, sich neue Unternehmen hier gründen oder ansiedeln und alle ansässigen Unternehmen sich erfolgreich entwickeln können, um zukunftsfähige und möglichst sichere Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger unserer beiden Städte zu schaffen.

[113] Für die CDU Bremen stellt die **soziale Marktwirtschaft**, auch vor dem Hintergrund der Globalisierung, das politische Leitbild für eine Gesellschaft- und Wirtschaftsordnung da, in der Freiheit und Verantwortung Hand in Hand gehen. Es basiert auf freiem Wettbewerb, freien Märkten und Privateigentum, in dem der Staat hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen garantiert und das Ziel „mehr Wohlstand für alle“ verfolgt. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Staat dabei auf seine Rolle als Hüter der Freiheit besinnt und klare ordnungspolitische Vorgaben setzt. Staatliche Eingriffe in die Märkte sind daher sorgsam abzuwägen.

[114] Eine entscheidende Rolle im System der sozialen Marktwirtschaft kommt dem **verantwortungsvollen Unternehmer** zu. Die unternehmerisch tätigen Menschen in Bremen und Bremerhaven, die unter großem persönlichem Einsatz und mit persönlichem Risiko die Mitverantwortung für die Entwicklung unseres Gemeinwesens übernehmen, verdienen unsere Anerkennung. Die wichtigste Aufgabe von Unternehmern und Managern ist es, ihr Unternehmen langfristig zum Erfolg zu führen. Dabei gelten die Prinzipien des „ehrbaren Kaufmanns“, wie

Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Seriosität und Sinn für das Gemeinwohl. Zu den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft gehört aber auch, dass die leistungsorientierten Arbeitnehmer, die Produkte herstellen und Dienstleistungen ausüben, für ihre Arbeit wertgeschätzt werden. Für uns gilt dabei: Wer arbeitet, soll mehr verdienen als der, der nicht arbeitet.

[115] Im Mittelpunkt steht für uns die Sicherung und Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Es bleibt richtig: **Sozial ist, was Arbeit schafft**. Deshalb ist es nötig, vorhandene Einstellungshürden abzubauen. Wir wollen mit den Mitteln einer aktiven, zukunftsorientierten und an lokalen Strukturen ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik, zum Beispiel durch Qualifizierung, Arbeitsplätze für die Zukunft sichern oder aus eingetretener Arbeitslosigkeit möglichst schnell herausführen. Wer Vollzeit arbeitet, soll grundsätzlich davon leben können und mehr in der Tasche haben als diejenigen, die ausschließlich von Transferleistungen leben. Arbeit sollte nicht nur „Broterwerb“, sondern auch sinnstiftend sein.

[116] **Mehr Netto vom Brutto**: Die wirksame und systematische Entlastung von Durchschnittsverdienern und Normalverbrauchern ist für uns ein konkretes Politikziel. Wir setzen uns für eine umfassende Steuerreform nach den Grundsätzen „einfacher, niedriger, gerechter“ ein. Die leistungsfeindliche Wirkung der „kalten Progression“ muss beendet werden.

[117] Bremen ist ein maritim geprägter Wirtschaftsstandort mit den Schwerpunkten in den Häfen, der Industrie und Wissenschaft. Mit den Themencluster Logistik, Lebensmittel, Luft- und Raumfahrt, Windenergie sowie Automobilbau und Robotik sind **Stärken mit weltweiter Ausstrahlung** in den vergangenen Jahren in Bremen- und Bremerhaven entstanden, die es gilt weiter zu entwickeln, ebenso wie neue Themenfelder zu identifizieren und zu besetzen. Daneben hat sich der Dienstleistungsbereich und Tourismus zu einem wichtigen Wirtschaftszweig mit hoher Dynamik entwickelt. Diese Entwicklungen führt in den Unternehmen zu nachhaltigen Ergebnissen, was die Voraussetzung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist.

[118] Häfen, Logistik und maritime Wirtschaft benötigen eine belastbare und **zukunftsstaugliche Infrastruktur**. Unsere Hafeninfrastruktur kommt den exportorientierten Unternehmen der ganzen Republik zu gute. Die vorhandene Hafen-, Wasserstraßen-, Straßen- und Schieneninfrastruktur zu erhalten und neue zu schaffen, wird die größte Herausforderung der kommenden Jahre für Bremen und Bremerhaven sein. Wir sind bereit, diese Aufgabe anzunehmen und Verantwortung für neue Investitionen in diesem Bereich zu tragen. Wir werben beim Bund und den anderen Ländern um Unterstützung bei der Finanzierung dieser Infrastrukturen.

[119] Im Bereich der **Hochtechnologien** wollen wir auch zukünftig die Zusammenarbeit zwischen unseren wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft fördern und fördern. Forschung, deren Finanzierung und die Hilfestellung bei der Gründung von Unternehmen zur Umsetzung von Forschungsergebnissen am Standort Bremen/Bremerhaven bleiben ein Schwerpunkt unserer Wirtschaftsförderung.

[120] Wir wollen in unseren Städten eine „**Kultur der Selbständigkeit**“ schaffen und pflegen, die innovationsfreudige Menschen zur unternehmerischen Selbständigkeit motiviert. Dies muss bereits bei der Vermittlung von wirtschaftlichem Grundwissen in den Schulen beginnen und an den Hochschulen seine Fortsetzung finden. Wir fördern und unterstützen diejenigen, die den Weg in die Selbständigkeit und unternehmerische Tätigkeit gehen. Existenzgründer benötigen eine zentrale Anlaufstelle, die vorhandene und zukünftige Förder- und Beratungsangebote bündelt und eine umfassende Beratung und Information bietet. An der Meisterpflicht im Handwerk wollen wir auf Grund der damit verbundenen geprüften Qualität der Dienstleistungen festhalten.

[121] Wirtschaftliche Entwicklung und unternehmerisches Handeln insbesondere von den Industrieunternehmen benötigen auch realen Raum zur Entfaltung. Vor dem Hintergrund der flächenmäßigen Begrenztheit unseres Landes stehen wir hierbei für eine vorausschauende, langfristige und verlässliche **Industrie- und Gewerbeflächenentwicklung** und bedarfsgerechte Bevorratung. Dem Staat kommt dabei insbesondere die Aufgabe zu, die Flächen mit einer leistungsfähigen

gen Verkehrsinfrastruktur zu erschließen. Dabei ist in den Randlagen unserer Städte eine faire Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden selbstverständlich.

[122] Die Ansiedelung neuer Wirtschaftsunternehmen erfordert neben so genannten weichen Standortfaktoren auch eine zuverlässige und konkurrenzfähige Ausgestaltung der **Standortkosten**. Unser Ziel ist es dabei, Bremen und Bremerhaven, insbesondere im Vergleich zur umliegenden Region und zu vergleichbaren Metropolen, mit dauerhaft attraktiven Konditionen herauszuheben und als Standort attraktiv zu machen. Die weichen Standortfaktoren Bremerhavens und Bremens, wie die Nähe zur Nordsee, der hohe Freizeitwert, die verkehrsgünstige Lage, der kulturelle Reichtum und das vielfältige urbane Lebensgefühl von Dorf (Borgfeld) über innerstädtisches Wohnen (Viertel) bis zu Wohnen im Loft am Wasser (Überseestadt/Havenwelten) müssen im Rahmen des Standortmarketings stärker herausgestellt werden.

[123] Bremen hat seine industriellen Schwerpunkte traditionell in den Bereichen Automobilbau, Schiffbau, Stahlerzeugung und der Luft- und Raumfahrttechnik. Die **Industrieunternehmen** sind für die Metropolregion Bremen als Wachstums- und Arbeitsmarktmotor unerlässlich. Die um sie herum entstehenden Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen sind für eine prosperierende Wirtschaftsstrukturentwicklung unverzichtbar. Damit Bremen und Bremerhaven im Standortwettbewerb mit den anderen Metropolregionen konkurrieren können, müssen zuverlässige und dauerhaft stabile Rahmenbedingungen geschaffen werden.

[124] Die **mittelständischen Unternehmen** auch in Handwerk und Einzelhandel sind die Arbeits- und Ausbildungsplatzgaranten in Bremerhaven und Bremen. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind und bleiben die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg. Sie bedürfen intensiver Förderung durch den Abbau bürokratischer Hürden und überzogener Aufsichts- und Kontrollanforderungen. Unserer Auffassung nach ist gezielte, erfolgsorientierte Wirtschaftsförderung im Hinblick auf Innovationen, intensive Beratung und Begleitung durch eine zentrale Anlaufstelle („Lotse“) bei der Beantragung von Fördermitteln und steuerliche Entlastungen auf Bundes- und Landesebene erforderlich. Wir stehen für eine konse-

quente Anwendung des Mittelstandsförderungsgesetzes, um in Bremen und Bremerhaven günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung mittelständischer Unternehmen zu erreichen. Hierzu gehört insbesondere ein konsequenter Abbau von Bürokratie in der bremischen Verwaltung.

[125] Die CDU Bremen unterstützt die **Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Private** überall dort, wo diese die Aufgaben im freien Wettbewerb zumindest gleich gut wahrnehmen können. Privatisierung stärkt die unternehmerische Freiheit, nutzt das Innovations- und Kostensenkungspotenzial des Wettbewerbs und stärkt damit Arbeitnehmer- und Verbraucherinteressen. Das Wohl der Allgemeinheit ist bei jeder Privatisierung vorrangig zu beachten. Deshalb sind bei Privatisierungen öffentlicher Aufgaben Mindeststandards für diese Leistungen festzulegen, zu kontrollieren und durchzusetzen.

[126] Die gesellschaftliche Verantwortung für die junge Generation endet nicht mit dem allgemeinen Schul- und Bildungsabschluss. Wirtschaft, Handwerk, öffentliche Verwaltung und Politik, aber auch Kammern, Innungen und Gewerkschaften, bilden für uns auch zukünftig eine **Verantwortungsgemeinschaft für die berufliche Ausbildung**, die ihr Rückgrat im bewährten dualen System hat. Dieses muss unter Berücksichtigung veränderter und gesteigener beruflicher Anforderungen und des demographischen Wandels attraktiv und konkurrenzfähig gehalten werden. Dazu ist einerseits die Zusammenarbeit zwischen Betrieben und beruflichen Schulen zu intensivieren mit dem Ziel, theoretische und praktische Ausbildungsanteile noch besser miteinander zu verzahnen. Andererseits wollen wir die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen erhöhen. Dies gelingt durch eine Erhöhung der Praxis- und Berufsorientierung und durch eine entsprechende Schwerpunkt- und Profilbildung im Zusammenwirken mit der Wirtschaft. Dadurch gewinnt nach Auffassung der CDU Bremen nicht nur die Wirtschaft schneller und ortsnahe geeigneten Nachwuchs, sondern wir erhöhen auch die individuellen Chancen der jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Das generell gestiegene Anforderungsniveau einer dualen Ausbildung sowie die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen rechtfertigen die Gleichwertigkeit von berufsbildenden Abschlüssen mit denen des allgemein bildenden Schulwesens.

[127] Gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Prinzip konkretisieren sich für die CDU Bremen im Berufsleben auch in der Mitbestimmung der Beschäftigten. Hierin besteht nicht nur ein wichtiger **Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Mitarbeitern**, sondern auch ein System gemeinsamer Verantwortung und Gestaltung für das Ganze und wirksamer Schutzrechte für den Einzelnen. Die gemeinsame Leistung und Verantwortung für das Unternehmen kann auf Basis betrieblicher Übereinkünfte nach Auffassung der CDU Bremen zukünftig stärker auch dadurch zum Ausdruck kommen, dass die Beschäftigten neben Lohn und Gehalt an Ertrag und betriebswirtschaftlichem Ergebnis der Unternehmen beteiligt werden.

[128] Die **Tarifautonomie** ist für uns ein hohes Gut und muss auch zukünftig grundsätzlich vor staatlichen Eingriffen oder Reglementierungen geschützt werden. Wir wollen insbesondere die Rechte der Betriebe und der Arbeitnehmervertretungen vor Ort stärken, um, z.B. durch betriebliche Vereinbarungen, die Flexibilität in den Unternehmen zu erhöhen. Arbeitgeberverbände, Kammern und Gewerkschaften haben traditionell gerade in Bremen einen hohen Einfluss auf den Wirtschafts- und Arbeitsprozess. Ihre Rechte zur Selbstverwaltung und auch zur vorpolitischen Mitwirkung sind für uns schon deshalb von besonderer Bedeutung. Den Kontakt und Meinungsaustausch zu ihnen wollen wir intensivieren.

[129] Zum Ausgleich von unterschiedlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Interessen gehört auch eine möglichst praktikable **Sonn- und Feiertagsregelung** für die Ladenöffnung. Die CDU Bremen steht für eine Freigabe der Ladenöffnung von Montag bis Samstag, aber für eine grundsätzliche Erhaltung der arbeitsfreien Sonn- und Feiertage. Wir halten daran fest, dass über Öffnungen abweichend von diesem Grundsatz im Einzelfall entschieden werden soll. Räumlich begrenzte, aber generelle Ausnahmen wollen wir nur dort, wo die touristische Attraktivität Bremens und Bremerhavens oder regionale Konkurrenz im Umland Abweichungen rechtfertigen oder sogar erfordern. Wir streben eine harmonisierte Praxis zur Ladenöffnung mit Niedersachsen an.

2. Sicheres Bremen: Inneres, Integration, Justiz, Daten- und Verbraucherschutz

Innere Sicherheit

[130] Innere und äußere Sicherheit sind Grundbedürfnisse aller Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen. **Sicherheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen.** Sie ist zudem ein wichtiger Standortfaktor für Bremen und Bremerhaven. Wir stehen für eine wehrhafte Demokratie und einen starken Staat. Innere Sicherheit muss dabei immer in einen vernünftigen Ausgleich mit Bürger- und Freiheitsrechten und den Belangen des Datenschutzes gebracht werden.

[131] Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Stabilität und freiheitliches Leben ist **Sicherheit** vor Angriffen auf Leib, Leben und Eigentum genauso wie vor staatlicher Willkür. Im freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaat ist es vornehmste Aufgabe und Pflicht des Staates die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Hierzu ist der Staat sowohl auf der Ebene des Bundes als auch im Land Bremen von seinen Bürgern mit dem Gewaltmonopol ausgestattet. Das staatliche Gewaltmonopol wird von der Justiz und den Beamtinnen und Beamten der Polizei wahrgenommen und durchgesetzt, ihnen kommt eine besondere Autorität und Verantwortung bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit zu.

[132]

[133] Der internationale Terrorismus hat in den vergangenen Jahren neue Formen angenommen. Hafensicherheit und Seesicherheit und **Schutz vor neuartigen Kriminalitätsphänomenen**, wie Piraterie auf hoher See, sind für den maritimen Standort Bremen von hoher Bedeutung. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungs- und Verfassungsschutzbehörden der anderen Bundesländer und des Bundes zu erreichen. Die Sicherheitsarchitektur und das rechtliche Instrumentarium müssen sich daher zukünftig stärker als bisher an den Erfordernissen und der Bedrohung ausrichten. Die CDU tritt dafür ein, dass die Terrorismusbekämpfung und der Verfassungsschutz stärker als bisher beim Bund konzentriert werden. Die Fähigkei-

ten der Bundeswehr müssen bei der Bekämpfung besonderer Formen der Kriminalität und des Terrorismus im Inneren wie im Äußeren genutzt werden können.

[134] Größere Bedeutung für die Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden wird der Bereich der grenzüberschreitenden **organisierten Kriminalität** bekommen. Hier setzen wir uns im Land und beim Bund für bessere Aufklärungsmöglichkeiten beispielsweise durch eine Ausweitung der Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden ein.

[135] Die CDU Bremen wendet sich gegen jede Form von politischem oder religiösem Extremismus. Eine Beteiligung von Extremisten an der Regierungsverantwortung muss mit allen demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden. Die CDU Bremen ist hier **wachsam sowohl gegenüber dem Rechtsextremismus als auch gegenüber dem Linksextremismus**. Der Radikalisierung junger Menschen muss durch geeignete Programme und Aufklärung entgegengewirkt werden. Hierbei sind insbesondere die Verfassungsschutzbehörden aufgerufen, ihre Erkenntnisse offensiver als bisher zu nutzen und durch Informationsveranstaltungen über die Gefahren aufzuklären.

[136] Wir stehen für eine umfassende **Bekämpfung aller Kriminalitätsformen** und akzeptieren weder rechtsfreie Räume noch die Bagatellisierung von Straftaten. Wir treten daher für eine konsequente Bekämpfung der Gewalt- und Alltagskriminalität ebenso ein wie für ein Einschreiten gegen Umweltstraftaten, Wirtschaftskriminalität, Steuerstraftaten und Korruption. Ein besonderes Augenmerk gilt der Bekämpfung des Drogenhandels, da er Ursache und Ausgangspunkt für zahlreiche weitere (Beschaffungs-) Straftaten ist und erhebliche soziale Folgeprobleme mit sich bringt. Drogenabhängige sind in erster Linie krank und benötigen medizinische und therapeutische Hilfe, um ihre Sucht zu überwinden. Wir sehen in einer staatlich streng kontrollierten und durch therapeutische Maßnahmen begleiteten Abgabe von Ersatzstoffen einen Weg, um Abhängigen zu einem Leben ohne Drogen zu verhelfen.

[137] Ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit muss der Umgang mit **jungen Straftätern** sein. Zwar liegt die grundsätzliche Erziehungsverantwortung und die

Vermittlung von Werten in den Familien, aber ein frühzeitiges Einschreiten, die Konfrontation mit staatlicher Autorität und das Aufzeigen von Grenzen können das Abgleiten in kriminelle Karrieren verhindern. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf deshalb der Umgang mit Intensiv- und Wiederholungstätern. Im Jugendstrafrecht stehen wir zu dem Grundsatz „Erziehung vor Strafe und Prävention vor Sanktion“. Bei heranwachsenden Tätern soll verstärkt Erwachsenenstrafrecht angewendet werden. Ebenso wichtig wie das Strafmaß ist jedoch gerade bei jungen Tätern, dass eine Sanktion möglichst zeitnah zur Straftat verhängt und vollstreckt wird. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen.

[138] Wir wollen, wo immer möglich, Straftaten verhindern, bevor sie begangen werden. **Prävention** ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die am besten gelingt, wenn alle Kräfte mit diesem gemeinsamen Ziel kontinuierlich zusammenwirken. Polizeiliche Präsenz, Präventionsräte unter Beteiligung der Beiräte vor Ort, Kontaktbeamte in Kindergärten und Schulen sind dazu ebenso wichtige Bausteine wie die sicherheitstechnische Vorsorge bei Gebäuden aller Art und die Berücksichtigung des Schutzes und der Verkehrssicherheit für die Bürger bei der Stadtplanung. Angst vor Kriminalität reduziert Lebensqualität. Deshalb bleiben Prävention wo möglich und Repression wo nötig die Maximen unserer Politik der inneren Sicherheit. Für die CDU geht dabei Opferschutz vor Täterschutz.

[139] Neuen Formen der Kriminalität muss nach Auffassung der CDU Bremen mit besonderem Nachdruck entgegengetreten werden. Internetkriminalität und Kinderpornographie sind Beispiele für Kriminalitätsphänomene, die bei uns in Bremen und Bremerhaven auftreten, aber häufig durch überregionale oder internationale Täter oder Tätergruppen begangen werden. Deshalb muss die **Arbeit von Polizei und Justiz** in Bremen und Bremerhaven gleichzeitig lokal wie national und international ausgerichtet, organisiert und eingebunden sein. Darüber hinaus müssen Polizei und Justiz alle notwendigen rechtlichen und technischen Ausstattungen zur wirksamen Kriminalitätsbekämpfung erhalten. Sie müssen auch personell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben effektiv und bürgernah wahrzunehmen. Wir wollen den Straftätern gegenüber in die Offensive kommen

und wo möglich „einen Schritt schneller“ sein als sie. Dabei geht es nicht nur um eine möglichst schnelle Strafverfolgung, sondern auch darum, zukünftige Straftaten zu verhindern. Wir nutzen unseren politischen Einfluss, um Polizeirecht, Strafrecht und Strafprozessrecht an die Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft anzupassen.

[140] Zur wirksamen **Prävention vor Gefahren und Reaktion auf** Katastrophen und schwere Unglücksfälle benötigen wir eine leistungsfähige und reaktions-schnelle Organisation der Katastrophenschutzkräfte sowie eine verbesserte und reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Die Kombination aus „professionellen“ Kräften, z.B. der Berufsfeuerwehr, und ehrenamtlichen Hilfsorganisationen hat sich bewährt. Sie muss in Ausbildung, Zusammenwirken und Ausstattung jedoch stetig auf dem Stand der Erfordernisse gehalten werden. Es ist nach unserer Auffassung nicht nur sachlich geboten, sondern auch Teil der Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich, die technische Ausrüstung für alle Beteiligten auf einem zumindest annähernd gleichen Niveau zu halten. Die Bundeswehr und andere Organisationen des Bundes bleiben unverzichtbare Bestandteile im Netzwerk der Kräfte zur Verhinderung und Bewältigung von Katastrophen und müssen auf den Ebenen der Kommunen und des Landes in Planung, Organisation und Einsatz frühzeitig und umfassend einbezogen werden.

[141] Die **öffentliche Ordnung und Sauberkeit** in unseren Städten bedeutet nicht nur Lebensqualität, sondern ist auch ein wichtiger Bestandteil der Prävention vor Desintegrationstendenzen und Kriminalität. Es sind für uns wichtige staatliche und kommunale Aufgaben, den Bestimmungen beispielsweise zur öffentlichen Ordnung, zum Jugendschutz oder auch zur Sauberkeit im öffentlichen Raum Geltung zu verschaffen. Soweit notwendig müssen sie rechtlich weiterentwickelt und den Erfordernissen angepasst werden. Die Ordnungsbehörden sind personell und materiell so auszustatten, dass sie diese Aufgaben nachhaltig und wirkungsvoll erfüllen können. Ein kommunaler Dienst auf der Ebene der Ordnungsämter mit Präsenz vor Ort ist nach unserer Auffassung ein Baustein, um in Bremen und Bremerhaven stabile und attraktive Lebensverhältnisse zu erhalten.

[142] Die Wahrung der Rechtsordnung ist keine allein von Polizei und Justiz wahrzunehmende, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die innere Sicherheit hängt entscheidend von dem **Eintreten der Bürgerinnen und Bürger für ihren Staat** und der Bereitschaft zur Zivilcourage ab. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass Bremen und Bremerhaven „Städte des Hinsehens“ werden, in denen die Menschen sich für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen besonders verantwortlich fühlen, selbst Hilfe leisten und im Zweifelsfall Polizei und Rettungskräfte konsequent zu Hilfe rufen.

Integration

[143] In den letzten Jahren hat sich Bremen zu einem Bundesland mit starker Zuwanderung aus allen Teilen der Welt entwickelt. **Menschen aus anderen Ländern und Kulturen sind uns willkommen.** Zudem tragen Zuwanderer dazu bei, dass die demographischen und wirtschaftlichen Problemlagen in Bremen weniger dramatisch ausfallen als prognostiziert. Wir setzen uns daher für eine Zuwanderung mit dem Ziel der aktiven Integration ein.

[144] Wir reichen den Menschen anderer Nationen die Hand und unterstützen sie beim Aufbau ihres Lebens in Bremen und Bremerhaven. Im Gegenzug erwarten wir aber auch, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die hier leben wollen, unsere **Rechts- und Werteordnung akzeptieren**, die deutsche Sprache erlernen, am Erwerbsleben nach Kräften teilhaben, kurzum bereit sind, sich zu integrieren, ohne dabei ihre eigenen Wurzeln aufgeben zu müssen. In den vergangenen Jahrzehnten sind bei der Integration auf beiden Seiten Fehler gemacht worden. Dies hat teilweise zur Bildung von Parallelgesellschaften geführt. Hier gilt es umzusteuern. Wir sind der Auffassung, dass Integration insbesondere bei den Kindern der Zuwanderer ansetzen muss. Der vorschulischen und schulischen Bildung kommt bei ihrer Integration eine entscheidende Bedeutung zu. Gleichzeitig wollen wir aber auch verstärkt Integrationsbemühungen im Hinblick auf Personengruppen mit besonderen Problemlagen unternehmen. So sollen z.B. entsprechende Angebote für nicht erwerbstätige Frauen und Männer mit Migrationshintergrund ermöglicht werden, da sie leider oftmals besonders wenig Kontakte zur deutschen Bevölkerung haben.

[145] Am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses soll – sofern auch von der betroffenen Personen gewünscht – die **Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit** stehen.

Justiz und Verwaltung

[146] **Rechtssicherheit** gewinnen die Menschen durch eine leistungsfähige Justiz und öffentliche Verwaltung. Die Justiz muss sich fortlaufend den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Um auch weiterhin auf hohem Niveau arbeiten zu können, ist die Justiz in Bremen auf eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung angewiesen.

[147] Die CDU Bremen will einem Übermaß an gesetzlichen Regelungen entgegenwirken und auch die geltenden Vorschriften auf ihre Notwendigkeit und Dauer überprüfen. Dies entlastet sowohl die Bürger als auch die Wirtschaft. Mit der Einführung eines Nationalen Normenkontrollrats auf Bundesebene (so genannter „Bürokratie-TÜV“) auf Initiative der CDU ist der **Bürokratieabbau** einen großen Schritt vorangekommen. Wir treten dafür ein, dass auch in Bremen alle Gesetzesentwürfe durch geeignete Verfahren auf ihre Folgen, insbesondere entstehende Kosten für Bürger, Wirtschaft und Steuerzahler, überprüft werden.

[148] Die **Justiz** muss sich auch hinsichtlich ihrer inneren Organisation und Arbeitsweise dem nationalen und internationalen Vergleich stellen. Der in Bremen mit der Einführung von Personalentwicklungs- und Benchmarkingprojekten begonnene Prozess der **Qualitätssicherung** ist daher unter Beachtung der verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit der Richter konsequent fortzuführen und umzusetzen. Daneben tritt die CDU Bremen für eine Verbesserung der Juristenausbildung, der Personalauswahl und des Personalmanagements im Justizbereich ein. Fortbildungsmöglichkeiten sind zu verbessern.

[149] Für die CDU Bremen sind Resozialisierung im **Strafvollzug** und Schutz der Bevölkerung vor Straftätern gleichrangige Ziele. Den Schutzinteressen der Allgemeinheit ist stärker als bisher Rechnung zu tragen. Vor dauerhaft gefährlichen, nicht resozialisierbaren Straftätern muss die Gesellschaft dauerhaft geschützt werden. Schwerkriminelle ausländische Straftäter sind, sofern ausländerrechtlich und tatsächlich möglich, in ihre Heimatländer abzuschieben.

[150] Ein **leistungsfähiger, bürgernaher öffentlicher Dienst** ist die Voraussetzung dafür, dass der Staat seine Aufgaben gegenüber den Bürgern wahrnehmen kann. Das Berufsbeamtentum ist für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. Soweit hoheitliche Kernaufgaben wahrgenommen werden, kommt für die CDU Bremen eine Privatisierung dieser Dienstleistungen nicht in Betracht. Die Wertschätzung für diese Leistungen sollte sich im Lohnniveau der sie erbringenden Mitarbeiter widerspiegeln. Um den öffentlichen Dienst auch in Zukunft attraktiv zu halten, sind wir für eine angemessene, an der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung orientierte Anpassung der Bezüge.

[151] Die CDU Bremen tritt für eine **Optimierung von Verwaltungsstrukturen** und den weiter verstärkten Einsatz elektronischer Medien zur Effizienzsteigerung öffentlicher Dienstleistungen ein. Verwaltungsdienstleistungen sollen zukünftig verstärkt auch über das Internet angeboten werden. Dabei ist besonderes Augenmerk auf die Datensicherheit zu legen.

Daten- und Verbraucherschutz

[152] Die moderne Informationstechnologie erfordert eine maßvolle Weiterentwicklung der bestehenden Datenschutzgesetze. Diese stammen überwiegend noch aus der „digitalen Steinzeit“. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung widmete sich bislang im Wesentlichen dem Schutz des Bürgers vor dem Staat. Heute wird der überwiegende Teil aller Daten in der Wirtschaft gesammelt. Der Staat tritt im **Datenschutz** immer mehr als Partner des Bürgers auf. Der Datenhandel muss in geordnete Bahnen gelenkt werden. Eine Weitergabe persönlicher Daten darf daher nur mit Zustimmung der Bürger geschehen. Gleichwohl steht die CDU Bremen auf dem Standpunkt, dass der wirksamste Schutz vor dem

Missbrauch die eigene Verantwortung des Bürgers ist, sorgsam mit seinen Daten umzugehen.

[153] **Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.** Wir treten für zweckgebundene Erweiterungen der Datenerhebung und -sammlung zur Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung ein. Die Datenerhebung hat jedoch da eine Grenze, wo das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt wird.

[154] **Verbraucherschutz** ist Ausdruck bürgernaher Politik und unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft und betrifft viele Bereiche des Lebens. Verbraucherschutz muss als politische Aufgabe deutlich aufgewertet werden. Die CDU Bremen fordert einen eigenen Ausschuss für Verbraucherfragen in der Bremischen Bürgerschaft.

[155] Die CDU Bremen will unabhängige Verbraucherberatung und unabhängigen Verbraucherschutz in einem staatlich vorgegebenen Rahmen. Wir setzen uns deshalb für die Beibehaltung bzw. den Aufbau staatlicher oder staatlich lizenzierter **Kontrollen**, beispielsweise bei der Lebensmittelüberwachung, ein. Darüber hinaus sind Wettbewerb und funktionierende Märkte wichtige Bestandteile eines wirkungsvollen Verbraucherschutzes. Deshalb wenden wir uns gegen Monopole oder Kartelle.

[156] Erfolgreiche **Verbraucherpolitik ist keine alleinige Aufgabe des Staates.** Sie kann nur funktionieren, wenn Erzeuger, Verarbeiter, Vermarkter und Verbraucher zusammenwirken. Leitbild der CDU Bremen ist der mündige, gut informierte und eigenverantwortliche Verbraucher. Die CDU Bremen will keine Konsumentenlenkung und den Verbraucher nicht bevormunden. Unser Ziel ist es, den Verbraucher zu befähigen, ökonomisch richtige und zugleich ethisch verantwortbare und nachhaltige Entscheidungen eigenverantwortlich zu treffen. Wir unterstützen unabhängige Einrichtungen, wie die Verbraucherzentralen und die Stiftung Warentest als zentrale Instrumente einer Politik für den mündigen und informierten Verbraucher.

3. Kreatives Bremen: Forschung, Kultur, Medien, Sport

Forschung

[157] Das Land Bremen ist ein **starker Wissenschaftsstandort** mit hervorragenden Leistungen in Forschung und Lehre. Insbesondere die Bereiche Luft- und Raumfahrt, Automobilbau, Informatik, Materialwissenschaften, Schiffbau, Produktionstechnik, Logistik, Windkraft und die Bereiche der maritimen („blauen“) Wissenschaft stehen für exzellente Forschung.

[158] Wir wollen diese Bereiche durch weiteren **Ausbau und Profilierung** stärken und zu „Leuchttürmen der Exzellenz“ mit noch größerer Strahlkraft weiterentwickeln. Dazu müssen wir die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, bündeln. Bremen kann nicht alles anbieten und die gesamte Breite in Forschung und Lehre abdecken. Spitzenforschung sorgt für Innovation und Arbeitsplätze vor Ort. Diese Potentiale müssen wir nutzen und zur Grundlage unserer Bemühungen machen.

[159] Wir brauchen **innovative und fächerübergreifende Studiengänge**, die eine zukunftsorientierte und interdisziplinäre Verzahnung von Geistes- und Naturwissenschaften nutzt. Geistes- und Kulturwissenschaften bedürfen grundsätzlich der gleichen Förderung wie Natur- und Ingenieurwissenschaften.

[160] Forschung und Entwicklung steht im weltweiten **Wettbewerb der Ideen** um die besten Lösungen. Wir brauchen deshalb nationale und internationale Kooperation auf allen Feldern. Dazu muss das Land Bremen als Forschungsstandort selbst für Partner in Deutschland und in der Welt attraktiv sein. Wir wollen von Europa auch im Bereich der Wissenschaft profitieren und setzen uns daher für europäische und internationale Vernetzung, Zusammenarbeit und Wettbewerb unter den Wissenschaftseinrichtungen ein. Wir sehen kurze Wege im kleinsten Bundesland als Vorteil an und setzen uns deshalb dafür ein, diesen Standortvorteil auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft konsequent zu nutzen. Spitzenleistungen müssen anerkannt und honoriert

werden. Wir brauchen deshalb eine entsprechende Förderung durch gezielte Bonusprogramme.

[161] Für Bremen ist ein **schneller und unmittelbarer Technologie- und Wissenstransfer** von entscheidender Bedeutung. Bremen muss seine Erfolge aktiv verkaufen: Ein aktives Wissenschaftsmarketing muss auf die Gewinnung von Studierenden und Investoren ausgerichtet sein und ist Standortpflege und Motivation zugleich. Dazu bedarf es gezielter Projektförderung und Vermarktung der Ergebnisse. Ausgründungen aus den Hochschulen und der Universität bauen Brücken in Beschäftigung und binden Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Deshalb fördern wir die Gründung neuer, junger und innovativer Unternehmen.

[162] Die CDU Bremen fordert die Bildung von innovativen „Clustern“, d.h. von Kompetenznetzwerken zur **Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft**, damit Universitäten, Hochschulen und Wirtschaft von der Zusammenarbeit in einem festen Rahmen profitieren. Ein innovativer Technologiestandort schafft die Basis für neue Arbeitsplätze.

Kultur

[163] Die bremische Kultur umfasst ein weites Spektrum von der sogenannten Hochkultur bis zur Breitenarbeit in den Stadtteilen und Quartieren. Kultur kommt eine gesamtgesellschaftliche Funktion zu und befördert **Kreativität und Fortschritt**. Kultur bedeutet Zulassen von Vielfalt und ist Aufforderung zu Toleranz. Den verschiedenen Kulturen, insbesondere von Migranten und Minderheiten, muss ein friedliches Mit- und Nebeneinander in gegenseitigem Verständnis ermöglicht werden.

[164] Kultur speist sich aus vielfältigen staatlichen und privaten Initiativen. Es gilt, sie zu schätzen, zu bewahren, zu fördern und weiterzuentwickeln, um möglichst vielen Bürgern eine Teilhabe daran zu ermöglichen. **Kultur schafft Attraktivität und Lebensqualität.**

[165] Künstler und Kulturschaffende brauchen Freiräume. **Kulturfinanzierung** ist eine Aufgabe des Staates, der eine kulturelle Grundversorgung sicherzustellen hat. Ausgaben für Kunst und Kultur dienen dem Gemeinwesen und der Entwicklung des Landes und seiner Städte. Diese staatliche Kulturfinanzierung wird ergänzt durch das Engagement und die Förderung von privater Seite, welche wesentlich zur Vielfalt der Kulturlandschaft im Land Bremen beiträgt. Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, in Zukunft noch mehr private Sponsoren zur Förderung von Kunst und Kultur zu gewinnen.

[166] Kultur ist ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor: Die **Kreativwirtschaft** ist ein wachsender Wirtschaftszweig, der Arbeitsplätze und Beschäftigung schafft, und wesentlich zur Wertschöpfung und damit zum Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen beiträgt. Auch für die Attraktivität Bremens und Bremerhavens bei der Arbeitsplatzwahl dringend benötigter Fachkräfte von außen, ist das kulturelle Angebot von Bedeutung.

[167] Kultur hat eine hohe Bedeutung für die überregionale Ausstrahlung von Bremerhaven und Bremen: Der **Kulturtourismus** spielt für Bremen eine große Rolle. Ein interessantes Kulturangebot zieht Touristen an und bringt Lebendigkeit in unser Land. Kulturwirtschaftsberichte können die Bedeutung von Kultur für das Gemeinwesen erfassen, evaluieren und perspektivisch beleuchten.

[168] **Kulturelle Bildung und Teilhabe** sind eine wesentliche Begründung für staatliche Kulturförderung. Ohne kulturelle Bildung verarmt der Mensch. Kinder und Jugendliche, aber auch Berufstätige und ältere Menschen brauchen kulturelle Angebote. Die Kinder von heute sind die Kulturschaffenden und Kulturkonsumenten von morgen. Dabei kommt kultureller Bildung eine große Bedeutung zu. Insbesondere die Schulen haben neben den Elternhäusern bei dieser Aufgabe eine besondere Verantwortung. Die CDU Bremen unterstützt beispielsweise die Projektidee „Jedem Kind ein Instrument“, weil sie beispielhaft kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung verdeutlicht.

[169] **Kulturschaffende brauchen Verlässlichkeit**, die Nachhaltigkeit in ihrem Wirken ermöglicht. Andererseits müssen aufgestellte Budgets realistisch sein

und eingehalten werden. Vergabekriterien für Projektmittel sollten transparent und nachvollziehbar sein. Die Finanzierung von Kulturprojekten ist primär eine staatliche Aufgabe. Private Mittel sollen insbesondere dann eingeworben werden, wenn der Staat an seine Grenzen stößt.

Medien

[170] Die CDU Bremen steht zu **Radio Bremen** als Rundfunkanstalt des Landes Bremen. Radio Bremen nimmt mit seinem regionalen Auftrag eine Identität stiftende Rolle wahr. Radio Bremen sollte einer Kreativität der Kleinheit verpflichtet sein und Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Sendern stärker als bisher nutzen. Ziel muss es sein, dass Radio Bremen als Sender im Programm der ARD sichtbar ist. Öffentlich rechtlicher Rundfunk soll auch zukünftig nicht von Quoten abhängig sein, sondern ein attraktives und qualitativ hochwertiges Informations- und Bildungsprogramm unter regionalen Gesichtspunkten anbieten.

[171] Neue Formen der Kommunikation schaffen neue Chancen: Jeder sollte einen **Internetzugang** haben. Die Verbreitung des Internets eröffnet neue Möglichkeiten für Menschen jeden Alters und sollte barrierefrei erfolgen.

[172] Mediennutzung muss erlernt werden. Wir brauchen deshalb **Medienerziehung** an Schulen, die bereits in der Grundschule beginnen muss. Dabei geht es um das Erlernen der Handhabung, Vermittlung eines technischen Grundverständnisses und um die Aufklärung vor Risiken und Gefahren bei der Nutzung neuer Medien und Kommunikationsmittel. Gewalt und Gewaltverherrlichung in Medien muss im Sinne eines wirksamen Kinder- und Jugendschutzes entschieden entgegengetreten werden.

Sport

[173] **Sport und Bewegung** sind für die körperliche und geistige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von herausragender Bedeutung. Wir befürworten deshalb eine frühe Ausbildung der Motorik bereits im Kindergarten. Die regelmäßige sportliche Betätigung im Schulunterricht in unterschiedlichen Disziplinen soll da-

zu motivieren, weitere sportliche Angebote in Sportvereinen nach eigenen Interessen und körperlichen Möglichkeiten wahrzunehmen und als Beitrag für ein gesünderes Leben zu begreifen. Wir setzen uns für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen ein.

[174] Der **Schulsport** hat die Aufgabe, Schülerinnen und Schülern bei der Entwicklung eines eigenen Körperbewusstseins zu helfen und die Bewegungsfähigkeit zu fördern. Insbesondere in der Ganztagschule ist eine Rhythmisierung des Schulalltags mit ausreichender Bewegung die Voraussetzung für eine kindgerechte Konzentrationsförderung und damit für effektives Lernen. Koedukativer Schulsport ist auch für die Entwicklung des Sozialverhaltens wichtig: Mannschaftsspiele fördern Fair Play und Integration.

[175] Der Schulsport ermöglicht in der **Verknüpfung mit anderen Fächern** die Thematisierung wichtiger Aspekte der Allgemeinbildung wie z.B. gesundheitsbewusste Lebensführung, gesunde Ernährung und gesunde Körperhaltung. Dieser Aufgabe kommt angesichts zunehmender Gesundheitsprobleme bei Kindern und Jugendlichen und einem weit verbreiteten Bewegungsmangel eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu.

[176] Sport fördert **Prävention und Integration**: Sportvereine sind eine wichtige Stütze für die Kinder- und Jugendarbeit. Wir unterstützen private Projekte, die den Vereinsbeitrag für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien übernehmen. Wir schätzen die sozialintegrative und gemeinschaftsfördernde Arbeit der Sportvereine. Wir sind davon überzeugt, dass eine Bindung an das Vereinsleben dazu beiträgt, neben der Vermittlung eines Gemeinschaftsgefühls auch Gewalt unter und Vandalismus von Jugendlichen präventiv zu bekämpfen.

[177] Die **Arbeit in Sportvereinen lebt von ehrenamtlichem Einsatz**, der in den letzten Jahren von immer weniger Menschen eingebracht wird. Dieses Engagement braucht mehr Anerkennung. Wir wollen Anreize schaffen, sich uneigennützig für sportliche Belange zu engagieren. Es ist Aufgabe der Politik, eine ausreichende Infrastruktur in Form von Sportanlagen zur Verfügung zu stellen.

[178] **Spitzensport** und Spitzensportler in unseren Städten sind Ausdruck eines gewachsenen Sportstandortes und Botschafter Bremens in Deutschland und in der Welt. Es ist Aufgabe des Landes, diese Leistungen zu unterstützen und den Spitzensport entsprechend zu fördern. Auch der Breitensport bedarf einer langfristigen Sportförderung, die es den Vereinen ermöglicht, attraktive Rahmenbedingungen zu bieten. Die Leistungen der Trainer und Übungsleiter müssen mehr anerkannt und honoriert werden. Zur Förderung des Breitensports ist aber auch das Engagement privater Spender und Sponsoren aus der Wirtschaft unerlässlich.

VI. Lebensqualität und Stadtgesellschaft

1. Bremens Bürger stärken: politische Teilhabe und ehrenamtliches Engagement

[179] Wir bekennen uns grundsätzlich zur repräsentativen Demokratie in unserem Bundesland. Diese zu stärken und fortzuentwickeln sind wesentliche Zukunftsaufgaben, wobei der Weiterentwicklung des aktiven Wahlrechts eine wesentliche Bedeutung zukommt. Die CDU Bremen unterstützt die Personalisierung des Wahlrechts als einen ersten Schritt zu **mehr Bürgerbeteiligung**. Wir wollen über themen- und problembezogene informelle Beteiligungsverfahren die gemeinschaftsbezogenen Aktivitäten der Bürger fördern. Volksabstimmungen und Volksbegehren als Elemente direkter Demokratie müssen bürgerfreundlicher gestaltet werden, damit ihre Realisierung nicht faktisch unmöglich ist. Daneben ist die Bürgerumfrage, die gesetzlich abzusichern ist, ein wichtiges Instrument für eine Rückkoppelung der Wünsche der Bürger an die Politik. Wir setzen uns für eine Richtlinienkompetenz des Präsidenten des Senats ein, um effektiveres Regierungshandeln und kürzere Entscheidungswege auch innerhalb des Senats zu ermöglichen.

[180] Der **Föderalismus** und sein Subsidiaritätsgedanke haben sich bewährt. Der begonnene Prozess, dass politische Entscheidungen wieder dort gefällt werden, wo die Belange der Menschen liegen, ist fortzusetzen: Übergeordnete Bereiche soll der Bund regeln, regionale Belange sollen vor Ort von den Ländern geregelt werden, kommunale Belange sind in der Stadtbürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung oder in den Beiräten zu regeln.

[181] In den 22 Stadtteilbeiräten wird **lebendige Demokratie vor Ort** gelebt. Die Beiratsmitglieder kennen ihren Stadtteil genau. Diese Kompetenz muss sich in einer Erweiterung der Rechte der Beiräte, in einer frühzeitigen Einbindung in Entscheidungen durch die Verwaltung und der Bereitstellung eigener Stadtteilbudgets, aus denen bürgernah den Stadtteil betreffende Aufgaben finanziert werden können, niederschlagen. Darüber hinaus wollen wir Jugendliche bei-

spielsweise in Jugendbeiräten oder -foren beteiligen und so für politisches Engagement motivieren.

[182] Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar für eine moderne Metropole wie Bremen und hält die Gesellschaft zusammen. Wir sprechen uns für die Anregung, Anerkennung und **Förderung bürgerschaftlichen Engagements** aus. Wer sich für die Gemeinschaft engagiert, soll auch die Unterstützung der Gemeinschaft erhalten, z.B. über Steuervergünstigungen, versicherungstechnische Absicherung und Weiterbildungsangebote. Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen, die wichtige Vernetzungsfunktionen erfüllen, sind zu fördern und abzusichern. Der Unterstützung ehrenamtlichen Engagements, beispielsweise über die Globalmittel der Beiräte, kommt eine große Bedeutung zu, die es auch künftig zu erhalten und zu erweitern gilt. Ehrenamtliches Engagement sollte auch arbeitsrechtlich abgesichert werden. Wer sich für die Gemeinschaft engagiert, soll keine beruflichen Nachteile erleiden, sondern einen Vorteil davon haben. Unter Berücksichtigung der betrieblichen Notwendigkeiten ist deshalb auch über maßvolle Freistellungen ehrenamtlich Tätiger nachzudenken. Ehrenamtliches Engagement soll zudem Erwähnung in Arbeitszeugnissen und Berücksichtigung bei dienstlichen Beurteilungen finden.

2. Städte am Fluss: Stadtentwicklung für alle

[183] Die CDU möchte Bremen und Bremerhaven in ihrem maritimen Flair als moderne und lebenswerte **Großstädte weiter stärken**. Ziel ist es dabei zum einen, die Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern ins niedersächsische Umland zu stoppen und in beiden Städten dauerhaft Einwohnerzuwächse zu erreichen. Zum anderen geht es um eine Stärkung der Wirtschaftskraft Bremens und Bremerhavens als weiterhin attraktive Standorte für Unternehmen und Selbständige. Dies gelingt im Wettbewerb der norddeutschen Kommunen dann, wenn Bremerhaven und Bremen zum Leben und Arbeiten für Bürger, Neubürger und als Standort für Unternehmer gleichermaßen attraktiv sind. Dabei bemisst sich die Lebensqualität in der Stadt zum Wohnen, Arbeiten, Leben und Bewegen insbesondere an den Bedürfnissen der Menschen in ihren verschiedenen Lebensab-

schnitten. Wir wollen die Wünsche von Selbständigen und Angestellten, von Familien mit Kindern, von Alleinstehenden, von Senioren und von Menschen mit Behinderungen bei der Stadtentwicklung in Einklang bringen. Dies ist für uns das Kernanliegen einer modernen Stadtgesellschaft.

[184] Die **Markenzeichen „Stadt am Fluss“ für Bremen und „Stadt am Meer“ für Bremerhaven** sollen gestärkt werden, indem sich beide Städte zum Wasser öffnen und geeignete Flächen am Wasser zukünftig auch für neue Formen von „Wohnen und Arbeiten unter einem Dach“ genutzt werden. Dabei sind die vorhandenen Gewerbe- und Industriebetriebe in die Entwicklung einzubeziehen und ihre städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten. Die CDU Bremen strebt die Schaffung weiterer uferbegleitender Fuß- und Radwege, naturverträglicher Freizeitnutzungen am Flussufer sowie eine Ausweitung des maritimen Gewerbe- und Gastronomieangebots an. Öffentliche Grünflächen sind zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dabei sind die Möglichkeiten einer öffentlich-privaten Zusammenarbeit noch stärker in Betracht zu ziehen.

[185] Wir wollen die **Innenstädte und innenstadtnahen Viertel** aufwerten. Bei der konkreten Ausgestaltung kommt einer Aufwertung zentraler Plätze in den Stadtteilen eine besondere Bedeutung bei. Zur Stärkung von Innenstadt und Stadtteilzentren fühlen wir uns grundsätzlich dem Anspruch „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ verpflichtet, woraus folgt, dass wir weitere Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ möglichst vermeiden wollen. Dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, streben wir den Verkehr beruhigende Maßnahmen in Wohngebieten an. Zeitgemäße Stadtplanung muss dabei auch die Reduzierung von Lärmbelastungen als ständige Aufgabe betrachten. Wir sind uns bewusst, dass es verstärkter Anstrengungen bedarf, um Straßen, Geh- und Radwege und die Kanalisation dauerhaft in ihrem Bestand zu erhalten.

[186] Familien spielen bei der **Gewinnung von Neubürgern** und dem Verhindern der Abwanderung eine besondere Rolle. Die Wohnungsbaupolitik muss daher stärker auf deren Bedürfnisse ausgerichtet werden. Qualität geht vor Quantität. Das bedeutet, dass der bauliche Charakter bestehender Strukturen berücksichtigt wird. Vorhandene Baulücken sollen daher zur Schaffung zusätzlicher stadt-

naher Wohnquartiere genutzt werden. Die Schaffung von Wohneigentum insbesondere von jungen Menschen und Familien wird gefördert. Wohneigentum ist ein wichtiger Baustein der sozialen Sicherung im Alter.

[187] Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass der ganz überwiegende Teil unserer Bevölkerung inzwischen in Ein- bis Zwei-Personenhaushalten lebt. Es handelt sich dabei um sehr heterogene Gruppen mit einer entsprechend differenzierten Nachfrage nach **Lebens- und Wohnraum**: junge Einsteiger, junge Paare, Doppelverdiener, Personen, deren Kinder aus dem Haus sind, und Senioren. Ihnen allen müssen Bremen und Bremerhaven entsprechende Angebote bieten können. Insbesondere gilt es, den Blick auf die wachsende Gruppe der älteren Mitbürger zu richten und ihnen ein Wohnumfeld zu ermöglichen, in dem sie sich wohlfühlen. Dazu gehören entsprechende Anstrengungen hin zu seniorengerechtem Wohnen. So sind z. B. Projekte wie Mehrgenerationenhäuser, die auf die Etablierung generationenübergreifender Wohnformen zielen, verstärkt zu fördern.

[188] Die Verkehrspolitik in Bremen und Bremerhaven muss die **Mobilität der Menschen gewährleisten**, effiziente Wirtschaftsverkehre ermöglichen und gleichzeitig der Sicherheit aller am Verkehr beteiligten Personen die höchste Priorität einräumen. Um die Lebensqualität weiter zu steigern, muss in der Verkehrsplanung der Schwerpunkt verstärkt auf eine intelligente Steuerung und Verteilung der Verkehrsströme und umweltverträgliche Verkehrsmittel gelegt werden. Wir treten ein für mehr Sicherheit für Kinder im öffentlichen Straßenverkehr. Um Unfälle mit Kindern im Straßenverkehr zu vermeiden, sind die Verkehrserziehung im Kindergarten und in der Schule zu verbessern.

[189] Der **Verkehrsfluss** auf übergeordneten Straßen soll – zur Vermeidung von Staus und zusätzlichen Umweltbelastungen – durch moderne Verkehrsleitsysteme geregelt werden. Dabei ist insbesondere auf eine Entlastung von bislang besonders stark durch Schadstoffe und Lärm betroffene Straßen hinzuwirken. Zur Verringerung von Emissionen und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wollen wir die Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren weiter voran bringen

[190] Der **Flughafen Bremen** unterstreicht mit seiner exponierten, stadtnahen Lage und der herausragenden Anbindung an Autobahn und Bundesbahn die Rolle Bremens als Metropole im Nordwesten. Er hat überregionale Ausstrahlung für Privat- und Geschäftsreisende im nordwestdeutschen Raum bis in die nördlichen Niederlande und ist ein bedeutender Standortfaktor für Bremen, sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als touristisches Zielgebiet. Hinzu kommt seine besondere Funktion als „Werksflughafen“ für den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen. Wir wollen den Flughafen Bremen stärken und im Rahmen seiner Möglichkeiten fortentwickeln.

[191] Aus Umwelt- und Kostengründen wollen wir den Transport von Gütern verstärkt auf die Schiene und das Wasser verlagern. Folglich fördern wir den **Ausbau des Schienen- und Wasserstraßennetzes**, insbesondere der Hafenhinterlandanbindung und die jeweiligen Knotenpunkte in Bremen, Bremerhaven und ganz Nordwestdeutschland. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass auch weiterhin in Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur investiert werden muss. Dies stärkt zum einen den Wirtschaftsstandort und bietet gleichzeitig die Möglichkeit, überregionale Verkehre möglichst dauerhaft von unseren Wohnquartieren fern zu halten.

[192] Die Bereitstellung eines attraktiven **Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)** halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben moderner Großstädte. Wir streben daher einen weiteren Ausbau der Bus-, Straßenbahn- und S-Bahnlinien unter besonderer Berücksichtigung der Querverbindungen an. Dort wo es wirtschaftlich zu vertreten ist, sind Fahrtakte zu verkürzen und der Erwartungshaltung der Bevölkerung anzupassen.

[193] Bremen und Bremerhaven sind Städte der **Fußgänger und Radfahrer**, die damit einen Beitrag zu ihrer eigenen Gesundheit und zum Umweltschutz leisten. Deshalb setzen wir uns für die Erhaltung und den Bau von sicheren Wegen für diese beiden Gruppen besonders ein. So sind noch bestehende Lücken im Radwegenetz zu schließen und sein Ausbaustandard weiter anzuheben.

3. Buten un binnen — wagen un winnen: Typisch Bremen—typisch CDU

[194] Für die CDU Bremen gilt es, den Leitspruch der Bremer Kaufleute „buten un binnen — wagen un winnen“ mit neuem Leben zu erfüllen: Aus Bremens gewachsenen **Traditionen als Stadtrepublik** müssen wir Zukunftschancen machen. Die CDU Bremen steht für einen neuen Politikstil: Wir werben für eine neue Mentalität in den Köpfen. Dies kann aber nur gelingen, wenn alle vier Aspekte zum Zuge kommen, denn diese bedingen sich gegenseitig. Dabei geht es vor allem um: Offenheit und Handeln.

[195] „Buten und binnen“: Ganz bewusst steht „buten“ an erster Stelle. Wir brauchen zuerst eine neue Mentalität der Offenheit. Bremens Geschichte ist geprägt von der Verflechtung mit und der Abhängigkeit von seinem Umland und seinen Partnern. Nur wenn wir eine andere Perspektive einnehmen und den **Blick weiten**, werden wir die Herausforderungen in der Zukunft bewältigen und damit im Interesse der Menschen in Bremen und Bremerhaven handeln können. Kleinheit und kurze Wege müssen unser Vorteil sein, den wir konsequent nutzen. Wir müssen eine aktive Rolle spielen: in Bremen und Bremerhaven, im Nordwesten, im Konzert der Bundesländer und im Bund.

[196] „Wagen un winnen“: Nur wer etwas wagt, kann auch gewinnen. Wir brauchen eine neue Mentalität des Handelns. Die CDU Bremen setzt auf **Engagement, Eigenverantwortung und Leistung**. Wir müssen uns beständig selbst hinterfragen und dazu einen intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Öffentlichkeit führen. Wir dürfen uns nicht auf das Verwalten beschränken, sondern müssen Kräfte freisetzen. Für die CDU Bremen bedeutet das: Wir müssen anpacken, innovativ sein und unsere Kreativität einsetzen. Dadurch werden Bremen und Bremerhaven nachhaltig wachsende Städte sein und sich für neue Entwicklungen öffnen. Wir dürfen nicht auf andere warten, sondern müssen die Dinge selber in die Hand nehmen, damit wir pragmatische und verständliche Lösungen für die Menschen finden.

[197] Wir wollen **gute Botschafter Bremens** sein und in erster Linie Positives über unsere Städte berichten und weitergeben. Unser Ziel ist es, dass Bremen und Bremerhaven im bundesweiten Vergleich vordere Plätze einnehmen. Bremen und Bremerhaven sollen bei wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Zusammenleben, großstädtischem Lebensgefühl und hanseatischer Tradition Vorbildfunktion für andere Regionen Deutschlands und Europas übernehmen. Damit die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven stolz auf ihre Städte sind und sich hier wohl und sicher fühlen können.

[198] Dieses Programm beschreibt unsere Auffassung von der **politischen Mitte für Bremen**. Konservativ sein bedeutet für die CDU Bremen, wertorientiert und veränderungsfähig zu sein. Nur mit gelebter Fairness, Offenheit, Innovationsfreude, Gesprächsbereitschaft, Kompetenz und pragmatischem Handeln werden wir Bremens Selbständigkeit erhalten können. Diese Grundhaltung ist Leitbild für die CDU Bremen, und mit dieser Grundhaltung wird die CDU in und für Bremen tätig sein. Wir werden deshalb dieses Programm regelmäßig auf den Prüfstand stellen und es bei Bedarf einer geänderten Realität anpassen. Insofern ist und bleibt dieses Programm für uns ein „lebendes Papier“. Und wir fordern alle Interessierten auf: Machen Sie mit, engagieren Sie sich mit uns für Bremen und Bremerhaven.